

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

**14. Parteitag der CDU Deutschlands
2. - 4. Dezember 2001, Dresden**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
1. Gremien	
1.1 Präsidium.....	6
1.2 Bundesvorstand	8
1.3 Bundesausschuss	10
1.4 Bundesfinanzkommission.....	12
1.5 Haushaltsausschuss.....	13
1.6 Bundesparteigericht.....	13
1.7 Landesgeschäftsführerkonferenz.....	14
1.8 Kreisvorsitzendenkonferenz	15
1.9 Kreisgeschäftsführerkonferenz.....	15
1.10 Seminare Rechnungslegung	15
1.11 Seminare für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU ..	16
2. Kommissionen und Ausschüsse	
2.1 Kommission „Sozialstaat 21 - Arbeit für alle“	17
2.2 Kommission „Bildung 2000“	18
2.3 Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“	18
2.4 Wertekommission.....	19
2.5 Kommission „Zuwanderung und Integration“	19
2.6 Kommission „Innere Sicherheit“	20
2.7 Kommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“	21
2.8 Kommission „Architektur der Europäischen Union“	21
2.9 Kommission Landwirtschaft und Verbraucherschutz	22
2.10 Kommission Humane Dienste - Gesundheit, Pflege und Rehabilitation.....	23
2.11 Bundesfachausschüsse.....	24
2.12 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz	44
2.13 Internet-Kommission.....	45
3. Wahlkämpfe	
3.1 Landtagswahlen.....	47
3.2 Kommunalwahlen.....	48
4. Veranstaltungen und Aktionen	
4.1 Kongress „Der faire Sozialstaat“	49
4.2 Kongress „Auch in Zukunft menschenwürdig leben“	49
4.3 Kongress „Landwirtschaft - Wirtschaftsland“	50
4.4 Zukunftskonferenz in Berlin-Tempelhof.....	51

4.5	Konferenz zur inneren Sicherheit in Hamburg.....	52
4.6	Regionalkonferenzen „Zuwanderung steuern. Integration fördern.“.....	53
4.7	Regionalkonferenzen zur Vorbereitung des Dresdner Parteitages	54
4.8	Festveranstaltung zum 50. Jahrestag des 1. Bundesparteitages in Goslar	54
4.9	Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit.....	55
4.10	Kundgebung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus.....	55
4.11	Sommertour der Parteivorsitzenden	56
4.12	Wissenschaftsgipfel.....	56
4.13	Filmempfänge 2000 / 2001.....	57
4.14	Fest der Kulturen	58
4.15	InternetNight.....	58
4.16	Kundgebung zum Tag der Deutschen Einheit.....	59
4.17	Fachtagung zur Außen- und Sicherheitspolitik	59
4.18	Berliner Gespräche	59
4.19	Aktionen	
	Familien-Aktion	60
	Ökosteuerkampagne	60
	Rentenkampagne	60
	Aktion Ehrenamt	61
	Aktionen zur Gesundheitspolitik.....	62
	Aufklärungskampagne zur Politik der PDS.....	62
5.	Medien	
5.1	Union Magazin	63
5.2	Union in Deutschland.....	63
5.3	Elektronische Medien.....	63
5.4	Pressearbeit.....	64
6.	Bundesgeschäftsstelle	
6.1	Das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin	66
6.2	Struktur und Personalbestand der Bundesgeschäftsstelle.....	66
6.3	Finanzsituation der Bundespartei	66
6.4	Besuchergruppen	67
7.	Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur	
7.1	Regionale Mitgliederentwicklung	69
7.2	Dauer der Mitgliedschaft.....	70
7.3	Struktur der Mitgliedschaft.....	70
7.4	Gliederungen	71
8.	Politischer Arbeitskalender	72

Vorwort

Das ist der erste Geschäftsbericht, den die Bundesgeschäftsstelle aus Berlin vorlegt. Er umfasst den Berichtszeitraum April 2000 bis Ende November 2001.

Einschneidende Veränderungen hat die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle durch den Ortswechsel an den ständigen Sitzungsort des Deutschen Bundestages erfahren sowie durch die finanzielle, strukturelle und damit auch personelle Neuordnung, wie sie durch die Beschlüsse des Essener Parteitages notwendig wurden. Der Personalbestand der Bundespartei ist deutlich zurückgeführt worden, ohne dass Entlassungen vorgenommen werden mussten. Das Finanzmanagement wurde völlig neu organisiert. Die in Essen beschlossenen Vorgaben zur Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei konnten strikt eingehalten werden, sodass heute eine mittelfristige Überwindung des strukturellen Defizits bereits absehbar ist. Ohne die zeitlich begrenzten Sonderabführungen der Kreisverbände wäre dies nicht möglich. Ihnen sei an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes gesagt.

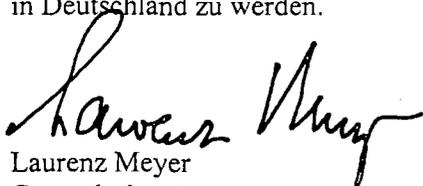
Die Bundespartei hat mit dem Essener Parteitag wieder die Kraft zur politisch-inhaltlichen Arbeit gewonnen. Noch kein Geschäftsbericht zuvor konnte über eine derartige Fülle an Kommissionsarbeiten berichten wie dieser. Deren Ergebnisse sind teilweise von zwei Bundesausschüssen in den Rang ordentlicher Beschlüsse gebracht worden. Andere Kommissionsarbeiten sind in den Hauptantrag des Dresdner Parteitages eingegangen. Der Parteitag in Dresden markiert den Abschluss einer grundlegenden inhaltlichen Erneuerung der CDU in der Opposition. Wir haben diese Zeit genutzt, tragfähige Positionen für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln. Die erfolgreiche Programmarbeit der zurückliegenden Jahre ist die Grundlage unseres Führungsanspruches im Bundestagswahlkampf des Jahres 2002.

Die Bundesgeschäftsstelle ist für den Bundestagswahlkampf gut gerüstet. Der mit dem Umzug nach Berlin verbundene personelle Aderlass konnte dort, wo es in der Personalstruktur notwendig war, durch Neueinstellungen aufgefangen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespartei haben sich in neuer Formation zu einem starken Team entwickelt, das hoch motiviert die vor uns liegenden Aufgaben angehen wird.

Der Essener Parteitag hatte auch den Auftrag erteilt, ein Konzept zur Reform der Parteiarbeit zu entwickeln und vorzulegen. Die dazu notwendigen Arbeiten sind von einer Kommission geleistet und zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden. Angesichts der hohen Bedeutung, die gegenwärtig der politisch-inhaltlichen Arbeit zukommt, wurde dieses Projekt vorläufig zurückgestellt, um es nach der Bundestagswahl erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich für die gute und effektive Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Geschäftsstellen der Landes- und Kreisverbände. Innerhalb kurzer Zeit hat die Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien ein Maß an schneller und umfassender Information und Kooperation möglich werden lassen, das vor zehn Jahren nicht vorstellbar war. Den hier eingeschlagenen Weg müssen wir konsequent fortsetzen.

Unser Dank gilt nicht zuletzt den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU im Bund, in den Ländern und Regionen sowie vor Ort. Ihr Wissen und Können, ihre Erfahrung und vor allem ihr Engagement sind unverzichtbare Voraussetzungen für den Erfolg unserer politischen Gemeinschaft. Wenn wir alle in den kommenden Monaten gemeinsam unser Bestes geben, haben wir alle Chancen, nach der Bundestagswahl 2002 wieder die stärkste politische Kraft in Deutschland zu werden.


Laurenz Meyer
Generalsekretär


Dr. Willi Hausmann
Bundesgeschäftsführer

1. Gremien

1.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 13. Parteitag zu 40 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch die Vorsitzende wurden folgende Themen behandelt:

Parteiangelegenheiten und Strategiefragen

- Vorbereitung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- Jahresplanung 2000
- Ernennung von Thomas Heilmann zum Internet-Sprecher der CDU Deutschlands
- Erste Analyse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- Beratung und Wahlvorschlag des Präsidiums der Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundesvorstandes
- Beratung und Vorschlag an den Bundesvorstand zur Neuberufung der Mitglieder des „Hausvereins der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) e.V.“
- Einsetzung der Präsidiumskommissionen Neue Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat 21, Zuwanderung und Integration, Architektur der Europäischen Union, Forschung und Ethik, Sicherheit in Deutschland, aktive Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung
- Etat der CDU-Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2000 und mittelfristige Finanzplanung
- Änderung der Satzung des „Hausvereins der CDU e.V.“
- Umzug der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Sommerplanung 2000
- Einsetzung der Kommissionen Internet und Parteireform
- Bericht über das Vermittlungsverfahren „Steuerreform“
- Vorbereitung der Bundesratssitzungen vom 14. Juli 2000 zur Entschließung zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union und zur Aussetzung der Ökosteuer sowie über die Verordnung über die Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte
- Beratung über den geänderten Rechenschaftsbericht 1998
- Berichte über die Arbeit der Präsidiumskommissionen
- Beratung über den Rechenschaftsbericht 1999
- Vorbereitung Präsidiumstreffen CDU/CSU am 18. September 2000
- Bericht zum Bildungsgipfel vom 7. September 2000
- Vorbereitung Kleiner Parteitag am 20. November 2000
- Beratung über die Einstellung Union-Magazin
- Einsatz Internet / E-Mail
- Demonstration gegen Gewalt und Extremismus am 9. November 2000
- Haltung der CDU zum Entwurf eines Lebenspartnerschaftsgesetzes
- Kleiner Parteitag zur Bildungspolitik
- Etat der CDU-Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2001 und mittelfristige Finanzplanung
- Bericht über das Energieprogramm des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 14./15. Januar 2001
- Jahresplanung 2001

- Änderung des Parteiengesetzes
- Vorbereitung der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
- Beschlussempfehlung der Bundesfinanzkommission vom 13. Dezember 2000 an den Bundesvorstand zur Rechenschaftslegung der Gesamtpartei
- Erste Analyse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
- Vorschlag eines Neumitgliedes für den Haushaltsausschuss (Nachfolge Laurenz Meyer).
- Vorbereitung Kleiner Parteitag Zuwanderung und Integration
- Arbeitsplanung 2002
- Bericht des Bundesgeschäftsführers über die Behandlung der Überweisung von Herrn Kiep über 1 Mio. DM an die CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Zukunftskonferenz 8. Juni 2001
- Ehrenamt
- Bericht über die Aktivitäten in den neuen Bundesländern
- Vorbereitung der Landtagswahlen in Hamburg und Berlin
- Erster Bericht Präsidiungskommission „Innere Sicherheit“
- Stand der Arbeiten zum europäischen Verfassungsvertrag
- Beratung und Beschlussvorbereitung über den Wahlkampfetat zur Bundestagswahl 2002
- Erste Analyse zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen
- Erste Analyse zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg
- Erste Analyse zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Jugendparteitag in Dresden
- Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe der CDU/CSU zum europäischen Verfassungsvertrag
- Vorbereitung des 14. Parteitages in Dresden und Wahlkampf 2002

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Rentenreform
- Steuerreform
- Green-Card
- UMTS
- Gesundheitspolitik
- Entfernungspauschale / Ökosteuern
- Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Gesetzliche Neuregelung von Teilzeitarbeit
- Bund-Länder-Finanzausgleich
- BSE
- Gentechnologie

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Reform der Bundeswehr
- US-Wahlkampf
- Mazedonien

- Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten von Amerika
- Bundeswehreinsatz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Innen-, Rechts- und Bildungspolitik

- Initiativen zur Bildungspolitik
- Zuwanderungsbegrenzung, Zuwanderungssteuerung und Integration

Gespräche des Präsidiums mit Organisationen aus dem vorpolitischen Raum

- Deutscher Sportbund am 29. Januar 2001
- Deutscher Gewerkschaftsbund am 14. Mai 2001
- Evangelische Kirche in Deutschland am 31. Mai 2001
- Deutsche Bischofskonferenz am 11. Juni 2001
- Bund der Vertriebenen am 9. Juli 2001

1.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 26 Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

Parteiarbeit und Strategiefragen

- Energieprogramm des Bundesfachausschusses Umwelt und Energiepolitik
- Beratung und Beschlussfassung „Spielraum für Kleine Einheiten“
- Beratung und Beschlussfassung „Arbeit für alle, Chancen für alle“
- Beratung des Diskussionspapiers „Chancen nutzen. Werte achten - Für einen verantwortbaren Fortschritt der Bio- und Gentechnik“
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes an den kleinen Parteitag „Zuwanderung steuern. Integration fördern.“
- Parteireform
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Rheinland-Pfalz
- Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen in Hamburg
- Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl in Hamburg
- Ergebnis und Analyse der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahlen in Thüringen
- Wahl der Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundesvorstandes

- Benennung eines neuen Mitglieds für den Haushaltsausschuss (Nachfolge Laurenz Meyer)
- Neuberufung der Mitglieder des „Hausvereins der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) e.V.“
- Änderung der Satzung des „Hausvereins der Christlich Demokratischen Union (CDU) e.V.“
- Beratung und Beschlussfassung des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2000
- Beratung und Beschlussfassung über den Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2001 und die mittelfristige Finanzplanung
- Beratung und Beschlussfassung über den geänderten Rechenschaftsbericht 1998
- Beratung und Beschlussfassung über den Rechenschaftsbericht 1999
- Beschlussempfehlung der Bundesfinanzkommission vom 13. Dezember 2000 an den Bundesvorstand zur Rechenschaftslegung der Gesamtpartei
- Finanzielle Lage der Bundespartei
- Beratung und Beschlussfassung über die Einstellung des UNION-Magazins
- Umzug der Bundesgeschäftsstelle
- Sommerplanung 2001
- Vorbereitung des Kleinen Parteitages am 20. November 2000
- Vorbereitung des 14. Parteitages der CDU Deutschlands vom 2.-4. Dezember 2001 in Dresden
- Initiativantrag des Bundesvorstandes an den kleinen Parteitag zu Studiengebühren
- Bestellung eines Revisionsbeauftragten
- Planung 2002
- Strategie Bundestagswahlkampf 2002
- Beratung der Leitlinien zur inneren Sicherheit
- Beratung und Beschlussfassung des Etatentwurfs für den Bundestagswahlkampf 2002
- Beratung und Beschlussfassung an den 14. Parteitag zur Euro-Umstellung
- 40. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin
- Vorstellung der Werbeagentur McCann-Erickson Deutschland
- Beratung und Beschlussfassung des Antrages des Bundesvorstandes an den Dresdner Parteitag
- Satzungsänderungen
- Rechenschaftsbericht 2000
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag an den Dresdner Parteitag „Chancen@Deutschland“
- Beratung und Beschlussfassung über den Antrag an den Dresdner Parteitag „Im Osten was Neues“
- Beratung über den Bericht der Wertekommission „Die Aktualität des christlichen Menschenbildes“

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Neue Soziale Marktwirtschaft
- Rentenreform
- Steuerreform

- Steuersenkungsergänzungsgesetz
- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
- Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Gesetzliche Neuregelung von Teilzeitarbeit
- BSE

Innen-, Rechts- und Bildungspolitik

- Zuwanderungsbegrenzung, Zuwanderungssteuerung und Integration
- Haltung der CDU zum Entwurf eines Lebenspartnerschaftsgesetzes
- Ehrenamt
- Initiativen zur Bildungspolitik

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik
- Konflikt in Mazedonien
- Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika
- Bundeswehreininsatz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

1.3 Bundesausschuss

Im Berichtszeitraum trat der Bundesausschuss zu zwei Sitzungen zusammen.

Bundesausschuss am 20. November 2000 in Stuttgart

Am 20. November 2000 tagte der Bundesausschuss der CDU Deutschlands in der Messe Stuttgart. Dieser „Kleine Parteitag“ hatte sich zum Ziel gesetzt, die vom 12. Parteitag in Erfurt in Auftrag gegebene Neufassung der bildungspolitischen Programmatik der CDU durch die Beschlussfassung über eine entsprechende Vorlage zum Abschluss zu bringen. Eine Präsidiumskommission „Bildung 2000“ unter Leitung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Dr. Annette Schavan hatte die Beschlussvorlage „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ erarbeitet, die der Bundesvorstand zu seinem Hauptantrag gemacht hatte. Aus den antragsberechtigten Gliederungen der CDU und aus dem Kreis der Delegierten sind dazu zahlreiche Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt worden. Zur Erleichterung des Abstimmungsverfahrens hatte die Antragskommission im Vorfeld des Kleinen Parteitages eine Sichtung der Antragslage vorgenommen und Empfehlungen zur Beschlussfassung vorbereitet.

Im Rahmen der Sitzung des Bundesausschusses wurde außerdem nach § 31 Abs. 3 des Statuts der CDU Herr Laurenz Meyer von den Delegierten als neuer Generalsekretär berufen. Diese Berufung gilt bis zur formalen Wahl des Generalsekretärs im Rahmen des 14. Parteitages der CDU Deutschlands in Dresden.

Zu Beginn der Sitzung des Bundesausschusses richtete der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg, Ministerpräsident Erwin Teufel, ein Grußwort an die Delegierten.

Die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel erstattete einen politischen Bericht, in dessen Rahmen sie eine Bilanz der ersten Hälfte der Legislaturperiode zog.

Die Vorsitzende der Präsidiumskommission „Bildung 2000“ und stellvertretende Parteivorsitzende, Frau Dr. Annette Schavan, führte in den Hauptantrag „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ ein. Sie verwies darauf, dass Bildung und Erziehung zu den großen Kulturleistungen einer Gesellschaft gehören. Für eine gesellschaftliche Modernisierung sei es notwendig, zukunftsfähige Perspektiven für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung zu entwickeln. Sie führte aus, dass sich die CDU dem Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik stelle. Dies bedeute einen Wettbewerb um die besseren Schulen, die besseren Hochschulen und die bessere Weiterbildung. Die eigentlichen und einzigen Wettbewerbsvorteile am Beginn des 21. Jahrhunderts seien Bildung, Erfindungsgabe und die Organisation neuer Technologien. Neue Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und für gesellschaftliche Entwicklungen führten dazu, dass der Lernbedarf der gesamten Gesellschaft wachsen werde. Deshalb sei das Leitbild der CDU die lernende Gesellschaft. Der Aufbruch in die lernende Gesellschaft betreffe alle gesellschaftlichen Gruppen und Menschen in jedem Lebensalter. Er sei ein Schlüssel für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Er sei als Motor für kulturelle, soziale und ökonomische Entwicklungen die entscheidende Quelle für Wettbewerbsvorteile und er entscheide über die Zukunftschancen der jungen Generation.

Den Berichten schloss sich eine intensive Aussprache an, in der schwerpunktmäßig das neu gefasste bildungspolitische Programm debattiert wurde. Die Delegierten des Bundesausschusses nahmen die bildungspolitischen Leitsätze „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ in der durch die Einzelabstimmung festgelegten Fassung einstimmig an.

Bundesausschuss am 7. Juni 2001 in Berlin-Köpenick

Ein weiterer Bundesausschuss der CDU Deutschlands tagte am 7. Juni 2001 im Wilhelminenhof in Berlin-Köpenick. Dieser „Kleine Parteitag“ hatte die Aufgabe, ein vom 12. Parteitag in Erfurt in Auftrag gegebenes Gesamtkonzept zu Zuwanderung und Integration zu beschließen. Eine Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“ unter der Leitung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller hat die Beschlussvorlage „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ erarbeitet, die der Bundesvorstand zu seinem Hauptantrag gemacht hatte. Aus den antragsberechtigten Gliederungen der CDU und aus dem Kreis der Delegierten wurden dazu zahlreiche Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt. Zur Erleichterung des Abstimmungsverfahrens hatte auch hier die Antragskommission im Vorfeld eine Sichtung der Antragslage vorgenommen und Empfehlungen zur Beschlussfassung vorbereitet.

Zu Beginn der Sitzung des Bundessausschusses richtete der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Berlin, Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, ein Grußwort an die Delegierten.

Die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel erstattete einen politischen Bericht und betonte in ihrer Grundsatzrede, dass die Union 500 Tage vor der Bundestagswahl geschlossen und mit dem unbedingten Willen zum Sieg in die Auseinandersetzung mit Rot-Grün gehen solle.

Generalsekretär Laurenz Meyer kritisierte in seiner Rede die Politik der Bundesregierung insbesondere in den Bereichen Zuwanderung/Integration und Arbeitsmarkt.

Der Ministerpräsident des Saarlandes und Vorsitzender der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“, Peter Müller, führte in den Hauptantrag „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ ein. Er betonte, es sei für ihn beeindruckend gewesen, mit welcher Intensität und Ernsthaftigkeit insbesondere bei den Regionalkonferenzen über das Thema Zuwanderung und Integration geredet worden sei. In der Diskussion habe sich die CDU als eine Partei erwiesen, die angemessen mit dem Thema umgehe und in der für Ausländerfeindlichkeit kein Raum sei. Er sprach sich für ein Zuwanderungsbegrenzungs- und Integrationsgesetz aus, in dem festgelegt werde, wie viele Menschen aufgenommen werden sollen und nach welchen Kriterien. Die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft müsse der Maßstab für das Maß an Zuwanderung sein. Außerdem müsse die Zuwanderung im nationalen Interesse gesteuert werden. Zugleich machte Herr Müller deutlich, dass Deutschland auch in Zukunft seine humanitären Verpflichtungen erfüllen werde. Von daher bleibe das Asylrecht unangetastet. Die Verfahren sollen aber beschleunigt und Missbrauch schärfer bekämpft werden. Neben dem Thema begrenzte Zuwanderung müsse eine intensive Diskussion um die Integration geführt werden. Dabei handele es sich um einen zweiseitigen Prozess. Von den Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, könnten vier Dinge erwartet werden: das Akzeptieren der Werteordnung des Grundgesetzes, gesetzestreu Verhalten, das Erlernen der deutschen Sprache und den Respekt vor den Traditionen unserer Gesellschaft.

Den Berichten schloss sich eine intensive Aussprache an, in der schwerpunktmäßig das Gesamtkonzept zu Zuwanderung und Integration debattiert wurde. Die Delegierten des Bundessausschusses nahmen das Gesamtkonzept „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ einstimmig an.

1.4 Bundesfinanzkommission

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Ulrich Cartellieri

Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung am 13. Dezember 2000 statt. Dabei wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

- Beschluss des innerparteilichen Finanzausgleichs für das Jahr 2001 in Fortsetzung des bisherigen Schlüssels

- Empfehlung zum innerparteilichen Finanzausgleich und zur Sicherstellung einer gesetzes- und statutskonformen Rechenschaftslegung der Gesamtpartei
- Vereinheitlichung des Prüfungswesens der Bundespartei und der Landesverbände zur Vereinfachung und Beschleunigung der Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichtes der Gesamtpartei

1.5 Haushaltsausschuss

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Ulrich Cartellieri

Der durch den Essener Parteitag neu eingeführte Haushaltsausschuss konstituierte sich am 30. Mai 2000. Außerdem fanden im Berichtszeitraum vier weitere Sitzungen statt. Dabei wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

- Aufstellung des Etats für das Jahr 2000
- Geänderter Rechenschaftsbericht 1998
- Rechenschaftsbericht 1999
- Aufstellung des Etats für das Jahr 2001
- Bericht über den Vollzug des Etats 2001 und die aktuelle Finanzlage
- Etatänderungen im laufenden Jahr 2001 (26. März sowie am 19. November 2001)
- Aufstellung des Etats für den Bundestagswahlkampf 2002
- Beschluss über die Freigabe der Mittel zur Neugestaltung des Foyers im Konrad-Adenauer-Haus
- Verfahren zur €-Umstellung
- Aufstellung des Etats für das Jahr 2002

1.6 Bundesparteigericht

Vorsitzender: Präsident des Oberlandesgerichts a. D. Dr. Eberhard Kuthning

Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu acht Sitzungen zusammen.

Von fünf noch aus der Zeit vor dem 9. April 2000 anhängigen Verfahren konnten vier durch Zurückweisungen der Rechtsmittel abgeschlossen werden. Von diesen betrafen zwei Verfahren Parteiausschlüsse, einem Verfahren lag eine Verhängung von Ordnungsmaßnahmen, dem anderen eine Wahlanfechtung zu Grunde. In dem fünften Verfahren entschied das Bundesparteigericht durch Vorbescheid und wies einen Antrag als unzulässig zurück.

Während des Berichtszeitraums wurde das Bundesparteigericht in weiteren acht Verfahren angerufen. Vier Verfahren betrafen Parteiausschlüsse. Es kam zu Rückverweisungen in die Vorinstanz. In zwei Verfahren ergingen Einstellungsbeschlüsse, nachdem die Rechtsbeschwerden

zurückgenommen worden waren. Die beiden übrigen Verfahren hatten Wahlanfechtungen zum Gegenstand. Von ihnen konnte ein Verfahren durch Zurückweisung des Rechtsmittels beendet werden. In dem anderen Verfahren war das Rechtsmittel überwiegend erfolgreich.

Zurzeit sind beim Bundesparteigericht drei weitere Verfahren mit jeweils verschiedenen Streitgegenständen anhängig.

Das Bundesparteigericht hat Vorschläge zur Novellierung der Parteigerichtsordnung (PGO) erarbeitet.

Ein Interview mit dem Vorsitzenden des Bundesparteigerichts wurde in den Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, Heft 10 veröffentlicht.

1.7 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- CDU-Ökosteuer-Kampagne
- Bildungspolitik
- Erstellung von Rechenschaftsberichten
- Finanzsituation der Bundespartei
- Zusammenarbeit mit der UBG
- Verfahren zur erhöhten Beitragsabführung der Kreisverbände
- Spendenaufruf Frau Dr. Merkel
- Festsetzung der staatlichen Mittel zum 1. Dezember 2000
- Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe
- Vernetzte Partei
- ZMD-AG
- Vorbereitung Kleiner Parteitag / Regionalkonferenzen
- Euro-Umstellung
- CDU-Kampagne „Vorrang für Familien“
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 2002 (Fahrplan, Vorstellung der Werbeagentur, Mediaplanung, Online-Aktivitäten, elektronische Vernetzung, Adressverteiler, Kandidatenservice)

1.8 Kreisvorsitzendenkonferenz

Am 28. Oktober 2000 fand in der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine Kreisvorsitzendenkonferenz statt. Folgende Themen standen auf der Tagesordnung:

- Bericht der Parteivorsitzenden
- Vorstellung und Bericht des neu gewählten Generalsekretärs Laurenz Meyer
- Nutzung von Internet und E-Mail

1.9 Kreisgeschäftsführerkonferenz

Am 13. September 2000 fand in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin eine Kreisgeschäftsführerkonferenz der CDU Deutschlands statt. Im Mittelpunkt dieser Konferenz standen die Berichte der Vorsitzenden Dr. Angela Merkel und dem Generalsekretär Ruprecht Polenz, der im Rahmen seines Berichtes insbesondere die Ökosteuer-Kampagne der CDU vorstellte. Im Anschluss an die Kreisgeschäftsführerkonferenz nahmen die Teilnehmer an der Einweihung der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands in Berlin teil.

1.10 Seminare zur Rechnungslegung

Nach dem letzten Parteitag ist vielfach von Kreisgeschäftsführern gegenüber der Bundesgeschäftsstelle der Wunsch geäußert worden, spezielle Seminare zur ordnungsgemäßen Führung der Finanzen in den Kreisverbänden zu veranstalten. Die Ansprüche an die Rechenschaftsberichte der Kreisparteien seien immer umfangreicher und teilweise schwieriger geworden.

Die Bundesgeschäftsstelle hat daher in diesem Jahr gezielt für Kreisgeschäftsführer und Schatzmeister Seminare zu den Themen Buchhaltung, Rechenschaftsberichte, wirtschaftliche Tätigkeit von Kreisparteien (z. B. Organisation von Festen und Reisen) und vor allem die Handhabung der Spenden angeboten.

Unter Leitung des Finanzbeauftragten der Bundespartei, Dr. Günter Winter, sind von März bis Oktober 2001 13 ganztägige Seminare für 15 Landesverbände durchgeführt worden. An den Seminaren nahmen auch Vertreter der UBG und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Bundespartei sowie der jeweiligen Landespartei teil.

Das Interesse an den Veranstaltungen war in allen Landesverbänden groß; es waren fast alle Kreisverbände vertreten. Die Notwendigkeit und der Erfolg der Seminare konnte auch daran gemessen werden, dass vielfach der Vorschlag gemacht wurde, die Seminare in bestimmten Zeitabständen zu wiederholen.

1.11 Seminare für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der CDU

Im Berichtszeitraum wurden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle insgesamt fünf Weiterbildungsveranstaltungen angeboten.

Vom 17. – 20. September 2000 wurde ein Seminar zur „Modernen Parteiarbeit“ durchgeführt, an dem 21 Kreisgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführerinnen teilnahmen. Schwerpunktthemen waren dabei neue Formen der parteiinternen Kommunikation sowie Aktivierung und Motivation der Mitglieder und Ansprache von Interessenten.

Vom 23. – 26. Oktober 2000 fand ein Seminar zur „Öffentlichkeitsarbeit in der CDU“ mit 26 Teilnehmern statt. Hier gab es Anleitungen zum eigenen Internetauftritt, Informationen zum Kandidatenservice und Internetauftritt sowie zur Organisation von Veranstaltungen.

Ein „Berlin-Seminar“ wurde vom 27. – 30. November 2000 angeboten. 42 Geschäftsführer und Mitarbeiter von Geschäftsstellen nutzten die Gelegenheit, die neuen Strukturen in Berlin kennen zu lernen und Gespräche mit der Fraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung zu führen.

Neue Wege wurden mit einem Seminar speziell für CDU-Ortsverbandsvorsitzende beschritten. Diese Veranstaltung fand mit 35 Teilnehmern vom 25. – 27. Mai 2001 erstmals für den Landesverband Nordrhein-Westfalen statt. Dieses Angebot zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch soll künftig in loser Reihenfolge in allen Landesverbänden angeboten werden.

Ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführerinnen vom 29. – 31. Oktober 2001 rundete das Weiterbildungsangebot ab. Die 40 Teilnehmer erhielten einen Einblick in die Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle. Weiter standen Themen zu rechtlichen und versicherungstechnischen Fragen auf der Tagesordnung.

2. Kommissionen und Ausschüsse

2.1 Kommission „Sozialstaat 21 - Arbeit für alle“

Die Präsidiumskommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“ hat unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Christian Wulff, MdL, im Berichtszeitraum ihre Arbeit mit einem Diskussionspapier und einem Kongress am 24. Juni 2000 mit dem Titel „Der faire Sozialstaat – eine neue Politik für eine neue Zeit“ und einer am 21. November 2000 überarbeiteten Fassung des auf dem Kongress diskutierten Papiers unter dem gleichen Titel abgeschlossen. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit sind in die dann neu gebildete Kommission „neue Soziale Marktwirtschaft“ unter Vorsitz der CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel und in den Leitantrag zum CDU-Bundesparteitag in Dresden vom 2. bis zum 4. Dezember 2002 eingeflossen. Dies betrifft vor allem § 5 „Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern“, § 9 „Gesundheit mit Sicherheit“ und § 10 „Solidarität der Generationen“ des Leitantrages.

Die Kommission „Sozialstaat 21-Arbeit für alle“ hat Anhörungen durchgeführt und parallel drei aus der Kommission gebildete Unterkommissionen Ergebnisse erarbeiten lassen.

Die Unterkommission „Alterssicherung“ unter Vorsitz von Andreas Storm, MdB, hat die Rentenkensengespräche mit der Bundesregierung intensiv begleitet und maßgeblich den umfangreichen Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Alterssicherung vorbereitet.

Zu den Leitlinien gehört u. a.: „Alterssicherung braucht Verlässlichkeit. Die Menschen, die bereits heute Rente beziehen oder im rentennahen Alter sind, müssen sich auf Leistungszusagen der gesetzlichen Rentenversicherung verlassen können. Damit aber auch für die Jüngeren ein angemessener Lebensstandard im Alter sichergestellt werden kann, müssen die drei Säulen der Alterssicherung in eine neue Balance gebracht werden. Die kapitalgedeckten Elemente – betriebliche und private Vorsorge – werden einen höheren Stellenwert einnehmen.“

„Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung bleibt die gesetzliche Rente allerdings nur dann sicher und generationengerecht, wenn sie um einen demographischen Faktor ergänzt wird.“

Die Unterkommission „Arbeitsmarkt“ unter Vorsitz von Dr. Hermann Kues, MdB, und anschließend Karl-Josef Laumann, MdB, hat weitreichende und innovative Vorschläge zu einem flexibleren Arbeits- und Tarifrecht, zu aktiver Arbeitsmarktpolitik erarbeitet, die vor allem in den Beschluss des CDU-Bundesvorstandes am 15. Januar 2001 anlässlich seiner Klausurtagung in Mainz eingeflossen sind. Als Stichworte sind zu nennen, Kombilohn, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Integrationsmodelle in den ersten Arbeitsmarkt, betriebliche Bündnisse für Arbeit, neue Beschäftigungschancen für Ältere und Langzeitarbeitslose, Optionsrecht beim Kündigungsschutz, Bezuschussung der Sozialversicherungsabgaben im unteren Einkommensdrittel.

Die Unterkommission „Humane Dienste“ unter der Leitung von Ulf Fink, MdB, hat im Berichtszeitraum 20 Mal getagt und am 28.9.2001 ihren Beschluss „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“ vorgelegt. Darin heißt

es u.a.: „Das deutsche Gesundheitswesen ist gut und international anerkannt. Gleichwohl kann eine Lösung seiner Probleme nur erwartet werden, wenn durch die Einführung wettbewerbsorientierter Rahmenbedingungen das Eigeninteresse der unmittelbar Beteiligten an Effizienz und Qualität verstärkt und ihre Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erweitert werden. Die dynamische Kraft, die in der freiheitlichen Ordnung steckt, muss auch im Gesundheitswesen geweckt, Kreativität und Aktivität der dort Tätigen müssen verstärkt werden. Deshalb sind die individuellen Wahlmöglichkeiten der Versicherten und die solidarischen Wettbewerbselemente auszubauen.“

2.2 Kommission „Bildung 2000“

Die Arbeit der Präsidiumskommission Bildung war schon vor dem letzten Parteitag mit der Erarbeitung und anschließenden Verabschiedung der Bildungspolitischen Leitsätze durch den Bundesvorstand praktisch abgeschlossen. Zur Unterstützung der öffentlichen Debatte über die Leitsätze tagte die Kommission am 23. Mai 2000 noch einmal in Stuttgart. Beschlossen wurden die „Bildungspolitischen Leitsätze“ schließlich auf dem Bundesausschuss in Stuttgart am 20. November 2000.

2.3 Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“

Am 28. Juni 1999 hat sich die Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“ unter dem Vorsitz von Christa Thoben konstituiert. Der Kommission gehörten rund zwanzig Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen an. Ziel war es bis zum Herbst 2000 ein Konzept vorzulegen, das die unverzichtbaren Kernaufgaben des Staates benennt und die Wege aufzeigt, die Bürgergesellschaft im Sinne einer Verantwortungsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Dieser Auftrag wurde mit der Verabschiedung des Diskussionspapiers „Starke Bürger – Starker Staat“, beschlossen durch den CDU-Bundesvorstand am 9. Oktober 2000, erfüllt. Ausgehend vom Bürger zeigt die Kommission in dem Diskussionspapier Reformmöglichkeiten für alle staatlichen Ebenen auf – von unten nach oben, von der Kommune über die Länder bis zur Europäischen Union.

Die Kommission hat bei der Erarbeitung ihres Reformkonzeptes drei Expertenanhörungen durchgeführt, die auf großes Interesse gestoßen sind. Frau Dr. Angela Merkel hat in einem Gespräch mit den Kommissionsmitgliedern ihren Dank und ihre Anerkennung für die geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht.

2.4 Wertekommission

Die Wertekommission unter Vorsitz von Christoph Böhr hat im Berichtszeitraum 14 Mal getagt. Im Zentrum ihrer Arbeit stand die Frage nach der Relevanz des christlichen Menschenbilds für die politische Arbeit im 21. Jahrhundert. Im Zuge der Erarbeitung veranstaltete die Wertekommission gemeinsam mit dem „Arbeitskreis Bioethik“ eine Anhörung in Mainz. An dieser Anhörung nahmen bekannte Wissenschaftler und Theologen, u. a. Prof. Dr. Hans Lerach, Prof. Dr. Ludger Honnefelder, Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff und Prof. Dr. Trutz Rendtorff sowie zahlreiche politische Experten und Fachjournalisten teil.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit im Berichtszeitraum hat die Wertekommission in dem Papier „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ zusammengeführt, das dem Bundesvorstand in seiner Sitzung am 19. November 2001 vorgelegen hat und wenig später der Presse vorgestellt und an breite Kreise der interessierten Öffentlichkeit verschickt wurde.

In dem Papier, das die Bedeutung des christlichen Menschenbildes u. a. für die Politikfelder Bioethik und Genforschung, Familienpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Bildungs- und Erziehungspolitik verdeutlicht, heißt es u. a.: „Unsere Gesellschaftsordnung ist geprägt von einem Menschenbild, das seine Wurzeln im Christentum hat: Der Mensch ist von Gott geschaffen. Daraus begründet sich die unbedingte Würde des Menschen. Dieses christliche Menschenbild ist Grundlage unserer Verfassung. (...) Diese Zusammenhänge, ihre Begründung im christlichen Menschenbild und ihre Bedeutung in der modernen Gesellschaft müssen immer wieder neu erläutert werden. Damit wird deutlich gemacht, dass eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik dem Wohle aller Menschen dient, auch der gewachsenen Zahl jener, die nicht aus dem christlichen Glauben heraus leben.“

2.5 Kommission „Zuwanderung und Integration“

Am 9. November 2000 wurde die Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“ unter Vorsitz von Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller MdL konstituiert.

Auf dem Fundament der Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungskommission der CDU Deutschlands mit Datum vom 6. Januar 2000 hatte die Kommission den Auftrag, ein umfassendes politisches Konzept für den Bereich Zuwanderung und Integration zu erarbeiten. Dabei sollten insbesondere diskutiert werden, welcher Umfang an Zuwanderung mit Blick auf die beteiligten Interessen vertretbar sei, welche Bedeutung der Zuwanderung in Hinblick auf die sich abzeichnende demographische Entwicklung zukomme, welche Instrumente zur Zuwanderungsregelung und Begrenzung zur Verfügung stehen und wie ein Integrationskonzept zu gestalten sei.

Im Rahmen von sieben Sitzungen und einer Klausurtagung wurden von der Kommission die von einzelnen Mitgliedern erarbeiteten Papiere zu Teilfragen diskutiert und ein gemeinsamer Standpunkt gefunden. Dieser gemeinsame Standpunkt der Kommission wurde sodann in einen hundert Seiten starken Abschlussbericht gegossen, der dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands zugeleitet wurde. Auf Grundlage des Abschlussberichts hat der Bundesvorstand seine Beschlussempfehlung an den Bundesausschuss vom 7. Juni 2001 formuliert. Auf dem Bundesausschuss wurde dann der Beschluss „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“ verabschiedet.

2.6 Kommission „Innere Sicherheit“

Aufgrund eines Beschlusses des CDU-Präsidiums konstituierte sich am 19. Januar 2001 die Kommission „Innere Sicherheit“ unter Vorsitz von Jörg Schönbohm. Ihr gehörten etwa zwanzig Fachleute aus den Bereichen der Innen- und Rechtspolitik an, die über die verschiedenen Felder der Kriminalität und über wirksame Maßnahmen zu deren Bekämpfung diskutierten. Die Kommission hatte den Auftrag, konkrete Handlungsvorschläge vorzulegen.

Hintergrund der Kommissionsarbeit ist die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland, die Anlass zu großer Sorge gibt. Die erschreckend hohe Kriminalität und die zunehmende Gewaltbereitschaft gefährden die Freiheit des Einzelnen und den inneren Frieden. Aufgabe der Politik der CDU ist es daher, sich den Fragen des Schutzes vor Kriminalität, der Verhinderung von Straftaten, ihrer Aufklärung und der Ahndung von Verbrechen immer wieder neu zu stellen und den Menschen eine klare Orientierung zu geben.

Die Präsidiumskommission ist insgesamt sechs Mal zusammengetreten. Von den Mitgliedern der Kommission erarbeitete Thesenpapiere wurden auf den Sitzungen ausführlich besprochen und redaktionell zusammengefasst in den „Leitlinien zur inneren Sicherheit“. Diese wurden zunächst am 18. Juni 2001 als Ergebnispapier von der Kommission verabschiedet und sodann dem Bundesvorstand vorgelegt, der sie am 25. Juni 2001 als Diskussionspapier beschlossen hat. Am 26. Juni 2001 sind die Leitlinien vom Vorsitzenden der Kommission, Jörg Schönbohm, zusammen mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Zentrale Punkte aus den „Leitlinien zur inneren Sicherheit“ sind: Mehr Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum, mehr Polizeipräsenz und Video-Überwachung an Kriminalitätsbrennpunkten, Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität, der Rauschgiftkriminalität, der von Ausländern begangenen Straftaten, der organisierten Kriminalität sowie Abschöpfung von Verbrechenengewinnen, Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, des Extremismus und die Bekämpfung von Sexualstraftaten sowie eine neue Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Behörden.

2.7 Kommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Am 9. Januar 2001 wurde die Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ unter Vorsitz von der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands Frau Dr. Angela Merkel konstituiert.

Die Kommission hatte den Auftrag sich damit zu befassen, wie unter den heutigen veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft aus Sicht der CDU weiterzuentwickeln ist.

In ihren elf Sitzungen von Januar bis August 2001 hat die Kommission ein Konzept erarbeitet, welches sich zunächst in einer Analyse mit den wesentlichen Veränderungen (Digitale Revolution, Globalisierung, demographischer Wandel sowie Erfahrungs- und Wertewandel), die eine Umbruchsituation schaffen, beschäftigt. Daran anknüpfend wurde der Handlungsbedarf für Deutschland in den Bereichen Bildung/Wissenschaft, staatliche Regelungen, Arbeitsmarkt, Soziale Sicherungssysteme und internationaler Ordnungsrahmen untersucht und dargestellt.

Letztendlich entwickelte die Kommission auf Analyse und Handlungsbedarf aufbauend fünf grundlegende Aufträge an die Politik zur Gestaltung der „Wir-Gesellschaft“, die in einem Maßnahmenkatalog für die Bereiche Fundamente der Wissensgesellschaft, Transparenz und Freiräume u. a. im Steuersystem, Arbeitsmarkt, Soziale Sicherungssysteme und internationaler Ordnungsrahmen Niederschlag fanden.

In seiner Sitzung am 27. August 2001 empfahl der Bundesvorstand das erarbeitete Konzept als Diskussionspapier für die CDU Deutschlands.

Die Partei- und Kommissionsvorsitzende, Dr. Angela Merkel, MdB stellte das Konzept am 21. September 2001 auf einer Veranstaltung der Ludwig Erhard Stiftung e.V. in Frankfurt vor.

Des Weiteren fanden wesentliche Passagen des Papiers Eingang in den Antrag des Bundesvorstands an den Dresdner Parteitag „Freie Menschen. Starkes Land - Vertrag für eine sichere Zukunft“.

2.8 Kommission „Architektur der Europäischen Union“

Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Herrn Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) und Herrn Staatsminister Reinhold Bocklet (CSU) hat seit dem 13. Parteitag zwölf Sitzungen abgehalten.

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Politikern und Mitarbeitern auf EU-, Bundes- und Landesebene, hat in ersten Sitzungen gegen Jahresende 2000 die Ziele und die Arbeitsmethoden festgelegt. Ausgangspunkt der inhaltlichen Überlegungen war, dass nur bei einer gelungenen Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten der politische Wille bei den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten für die für die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz notwendigen, weitgehenden institutionellen Reformen geweckt und organisiert werden könne.

Am 2. Februar 2001 führte die Arbeitsgruppe ein Kolloquium zur Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer und nationaler Ebene mit sechs Hochschullehrern aus Deutschland und der Schweiz. Einbezogen in die Überlegungen wurde auch eine Stellungnahme der Europa-Kommission des BACDJ unter der Leitung von Professor Dr. Otto Lenz.

Als nächstes konzipierte die Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge für eine Kompetenzabgrenzung in 17 Politikbereichen: Binnenmarkt, Wettbewerbspolitik, Steuerpolitik, Verkehrspolitik, Trans-europäische Netze, Tourismuspolitik, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik, Gesundheitspolitik, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Forschungspolitik, Agrarpolitik, Regionale Strukturpolitik und Finanzierung der EU („Solidaritätsfonds“), Innenpolitik, Justizpolitik sowie Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In einem Spitzengespräch von CDU und CSU am 2. Juli 2001 wurden die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe diskutiert und für gut befunden.

Die Arbeitsgruppe hat im Spätsommer die konkreten Kompetenzabgrenzungen abgeschlossen und die wichtigsten Ergebnisse in einem Papier „Reform der einzelnen Politikbereiche“ zusammengefasst. In einem weiteren Papier „Vorschläge für einen Verfassungsvertrag mit einer Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten“ hat die Arbeitsgruppe ihre Forderungen u. a. an die Ziele für die notwendigen Reformschritte, die Kriterien für die Neubestimmung der Aufgaben sowie an die institutionellen Absicherungen der Kompetenzordnung formuliert. Die Arbeitsgruppe schloss ihre Arbeit am 17. Oktober 2001 ab und hat ihre Ergebnisse an die Führungen der Unionsparteien übermittelt.

2.9 Kommission Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das Auftreten von BSE in Deutschland machte Lücken in der Organisation des Verbraucherschutzes deutlich. Gleichzeitig und damit verbunden begann eine Diskussion um die Agrarpolitik. Die Parteivorsitzende setzte deshalb im Januar 2001 die Kommission „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ ein mit dem Auftrag, Vorschläge zur Verbesserung des Verbraucherschutzes und zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik zu erarbeiten.

Den Vorsitz der Kommission übernahmen Generalsekretär Laurenz Meyer MdL und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB.

Die Kommission erarbeitete zunächst ein Konzept zur nachhaltigen Verbesserung des Verbraucherschutzes im Lebensmittelbereich, welches am 14. März 2001 in einer Pressekonferenz von der Bundesvorsitzenden, Dr. Angela Merkel MdB, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB und Annette Widmann-Mauz MdB der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Kommission empfiehlt neue Organisationsstrukturen für den Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich mit den Kernpunkten Verbraucherschutzministerium, politikunabhängige Verbraucherschutzbehörde, Wissenschaftsrat für Verbraucherschutz und Stärkung von Verbrauchervertretungen. Von der Bundesregierung wird die Vorlage eines jährlichen Verbraucherschutzberichtes gefordert. Ein weiterer Schwerpunkt des Konzeptes ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit auf allen Ebenen

durch Ausbau der Produkthaftung, Aufbau von Qualitätsketten und Verbesserung der Produktinformation. Flankierend werden neue Regelungen für den Futtermittel- und Tierarzneimittelsektor hinsichtlich Information, Qualitätssicherung sowie Therapie und Prophylaxe vorgeschlagen.

Dann erarbeitete die Kommission Vorschläge zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik, die im Juni 2001 auf breiterer Basis auch im Bundesfachausschuss Agrarpolitik der CDU diskutiert und beschlossen wurden. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die von der Bundesregierung propagierte „Agrarwende“ nicht richtig ist, sondern die Agrarpolitik kontinuierlich unter Berücksichtigung der Interessen von Landwirtschaft, Gesellschaft und Umweltschutz sowie orientiert an den Erfordernissen der EU-Osterweiterung und der WTO-Verhandlungen weiterentwickelt werden muss. Die Kommission machte Vorschläge zur Rindfleisch-Marktordeung, zur Stärkung der heimischen Futterproduktion, zur möglichen Anwendung der Modulation in Deutschland, zur längerfristigen Weiterentwicklung der Einkommens- und Förderpolitik für die Landwirtschaft, zur Erneuerung des Landwirtschaftsgesetzes, zur Förderung nachwachsender Rohstoffe, zur effizienten Verzahnung von Landwirtschaft und Naturschutz über den Vertragsnaturschutz, zur Verbesserung des Tierschutzes in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, zur Anwendung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft, zur BSE-Bekämpfung, zu zukünftigen Strategien in der Tierseuchenbekämpfung, zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zur internationalen Absicherung einer umwelt- und verbraucherorientierten Agrarpolitik. Die Vorschläge wurden im Positionspapier „Landwirtschaft zukunftsfähig weiterentwickeln“ vom 25. Juni 2001 zusammengefasst und veröffentlicht.

2.10 Kommission Humane Dienste - Gesundheit, Pflege und Rehabilitation

Aufgabe der "Kommission Humane Dienste – Gesundheit, Pflege und Rehabilitation" war es, Leitlinien und Empfehlungen für die künftige Gestaltung des Gesundheitswesens zu erarbeiten und diese der Kommission "Sozialstaat 21" für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Erste Ergebnisse der Arbeit der Kommission Humane Dienste fanden als Kapitel IV Eingang in das Diskussionspapier "Der faire Sozialstaat – Eine neue Politik für eine neue Zeit", das auf einem sozialpolitischen Kongress der CDU, der am 24. Juni 2000 in Berlin stattfand, vorgestellt wurde.

Die Kommission Humane Dienste hat mit dem Beschluss „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“, der am 28. September 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ihre Arbeit abgeschlossen. Eine Kurzfassung dieses Beschlusses fand als Paragraf 9 Eingang in den Antrag des Bundesvorstands für den Dresdner Parteitag.

Beschlüsse:

- Thesenpapier für das Diskussionspapier "Der faire Sozialstaat – Eine neue Politik für eine neue Zeit"
- Gutachten „Prävention im deutschen Gesundheitswesen“
- Abschlusspapier „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“

Pressekonferenzen:

- Pressekonferenz zur Budgetierung im Gesundheitswesen nach einer gemeinsamen Sitzung mit der CSU-Kommission "Für eine sozial gerechte Gesundheitsreform".
- Pressekonferenz nach einem Gespräch mit Patientenverbänden zu aktuellen Problemen der Gesundheitspolitik, insbesondere zu den Folgen der Budgetierung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung.
- Vorstellung des Gutachtens „Prävention im deutschen Gesundheitswesen“.
- Vorstellung des Abschlusspapiers „Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen“.

Aktionen:

Gespräch mit Patientenverbänden zu aktuellen Problemen der Gesundheitspolitik, insbesondere zu den Folgen der Budgetierung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Kommission "Für eine sozial gerechte Gesundheitsreform".

2.11 Bundesfachausschüsse

Innenpolitik

Vorsitzender: Dr. Thomas Schäuble
Stellvertreterin: Sylvia Bonitz
Geschäftsführer: Peter Brörmann (bis Juli 2000)
Dr. Jean Angelov (ab August 2000)

Arbeitsplanung 1999/2002:

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik wird sich in der laufenden Legislaturperiode intensiv mit der weiterhin dramatisch zunehmenden Kinder- und Jugendkriminalität auseinandersetzen. Ferner sollen die mit den neuesten Entwicklungen der Informationsgesellschaft verbundenen

Fragen der Inneren Sicherheit erörtert werden. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Möglichkeiten technischer Prävention sollen auch eine Verbesserung sowie die grenzübergreifende Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden. Vor dem Hintergrund geplanter Kürzungen der Bundesregierung im Aussiedlerbereich und bei der Flüchtlingsaufnahme wird der Bundesfachausschuss auch Thesen für eine verbesserte Integration, insbesondere junger Aussiedler und junger Ausländer erörtern. Auf dem Arbeitsprogramm stehen weiterhin Fragen der inneren Sicherheit in Europa, wie etwa die Fortentwicklung von Europol; ferner die grenzübergreifende Bekämpfung von Extremismus und organisierter Kriminalität.

Arbeitsgruppen:

- **Integration**
Vorsitzender: Christoph Verenkotte

- **Informationsgesellschaft und innere Sicherheit**
Vorsitzende: Sylvia Bonitz

Beratungen seit April 2000 und deren Ergebnisse:

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik führte im Berichtszeitraum drei Sitzungen durch. Im Mittelpunkt der Beratungen standen dabei folgende Fragen: Zuwanderungssteuerung und Anwerbung von ausländischen IT-Fachleuten, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Sozialversicherungsfreiheit von Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger, Drogenpolitik, Integration von auf Dauer bleibeberechtigten Ausländern, Einführung elektronischer Bürgerdienste, Sicherheitslage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowie wirksamere Maßnahmen der Terrorismus-Bekämpfung. Daneben wurde erörtert, inwieweit das Thema „Nationale Identität“ als strategisches Diskussionsthema dienen könne.

Beschlüsse / Erklärungen:

- Erklärung zur Videoüberwachung in den Ländern (29. Mai 2000)
- Erklärung zur Einführung elektronischer Bürgerdienste (26. Oktober 2000)

Familien- und Jugendpolitik

Vorsitzende/r: zurzeit vakant

Stellvertreter/in: Ilse Falk MdB (Nordrhein-Westfalen)
 Rolf Harlinghausen MdHB (Hamburg)

Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Schwerpunkthemen/Beschlüsse:

Der Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik befasste sich intensiv mit dem bildungspolitischen Leitantrag des Bundesvorstandes der CDU „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Das Diskussionsergebnis mündete in die Formulierung von 49 Anträgen, die an den Bundesausschuss auf dem Kleinen Parteitag gestellt wurden.

Im Anschluss an den Familienparteitag beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur Familienpolitik. Eine Arbeitsgruppe entwickelte Vorschläge zur Umsetzung des Familiengeld-Konzeptes.

Der Bundesfachausschuss hat jugendpolitische Leitsätze beschlossen, die die Situation der Jugendlichen in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Sport, im Ehrenamt und in ihrer Verbandsarbeit berücksichtigen. Neben Möglichkeiten der Prävention sind auch Lösungen für Interventionen in Krisenfällen (Gewalt, Drogen, Ausländerintegration) vorgesehen.

Beschlüsse/Erklärungen:

- „Rot-Grün höhlt den Schutz von Ehe und Familie aus – Die CDU will Vorurteile und Diskriminierung abbauen“
- „Stopp der Kinderarmut. Familiengeld schützt Kinder vor Sozialhilfeabhängigkeit“
- „Schlag ins Gesicht der Familien“ – Kritik am Rentenkonzept der rot-grünen Bundesregierung
- Beschluss: Jugendpolitische Leitsätze

Frauenpolitik

Vorsitzende: Prof. Dr. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Stellvertreterinnen: Friederike de Haas MdL, Staatsministerin a.D. (Sachsen)
Annette Widmann-Mauz MdB (Baden-Württemberg)

Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Schwerpunkthemen/Beschlüsse:

Ein Schwerpunktthema des Bundesfachausschusses Frauenpolitik war im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung die eigenständige soziale Sicherung der Frau. Dazu wurde ein Beschluss zur eigenständigen Alterssicherung der Frau und zur Weiterentwicklung der Hinterbliebenenversorgung gefasst.

Vor dem Hintergrund, dass das Quorum Ende 2001 ausläuft, erarbeitete eine Arbeitsgruppe einen Vorschlag für einen Beschluss des CDU-Parteitages zur Gleichstellung von Frauen und

Männern in Statuten der CDU Deutschlands, der der Kommission Parteireform vorgelegt wurde.

Der Bundesfachausschuss setzte sich intensiv mit den von der CDU/CSU Bundestagsfraktion vorgelegten Eckpunkten einer neuen Politik für Familien auseinander und diskutierte insbesondere das Familiengeld-Konzept. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Ausschuss auch mit der Situation der Kinderbetreuung in Deutschland und verabschiedete ein Positionspapier zur Kinderbetreuung.

Darüber hinaus befasste sich der Bundesfachausschuss mit den aktuellen Entwicklungen in der IT-Branche und ihre Auswirkungen auf Frauen.

Am 19. November 2001 wurde eine Anhörung zum Thema „Frauen in der Wirtschaft“ durchgeführt, zu der Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft, aus Verbänden und der Wissenschaft eingeladen waren: Prof. Dr. Sonja Bischoff (Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik), Dr. Anne Dohle (Zentralverband des Deutschen Handwerks), Ursula Fuggis-Hahn (Boehringer Ingelheim Pharma KG), Ilga Möllenbrink (Union der leitenden Angestellten Köln), Hildegrad Müller (Dresdner Bank, Vors. der Jungen Union), Thomas Saile (Gerhard Rösch GmbH), Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.). In diesem Fachgespräch setzten sich die Teilnehmerinnen damit auseinander, mit welchen Maßnahmen Hindernisse für Frauen in der Wirtschaft ausgeräumt werden können und wie es gelingen kann, die Chancen von Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen in der Wirtschaft zu erhöhen.

Presseerklärungen

- „Rot-Grünes Erziehungsgeldgesetz ist Reform im Westentaschenformat“
- „Familienpolitik fängt in der Gemeinde an“
- „Neue Weichenstellung für Frauen in der Wirtschaft“

Bildungspolitik

Vorsitzender: Herbert Reul, MdL
Stellvertreter/in: Staatsministerin Karin Wolff, MdL
Staatsminister Dr. Matthias Rößler, MdL

Geschäftsführer: Dr. Ralf Gebel (seit Oktober 2000)

Der Bundesfachausschuss Bildungspolitik hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen durchgeführt und Experten zu bildungspolitischen Themen angehört:

- „Perspektiven für den naturwissenschaftlichen Unterricht“ mit Herrn Dr. Gerd Romanowski, Abteilungsleiter Wissenschaft und Forschung beim Verband der Chemischen Industrie (21. September 2000)

- „Bildung im Internet-Zeitalter“ mit Herrn Professor Thomas Heilmann, Vorsitzender der Internet-Kommission der CDU Deutschlands, und Herrn Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (21. Februar 2001)
- „Lernschwache in der Wissensgesellschaft“, mit Frau Christa Engemann, Kultusministerium Baden-Württemberg, Dr. Günter Lambertz, Deutscher Industrie- und Handelskammertag und Prof. Dr. Jürgen Rekus, Pädagogische Hochschule Karlsruhe (4. Juli 2001)

Beschlusspapier:

„Vorschläge für bessere Zukunftschancen von lernschwachen Kindern und Jugendlichen“ (16. Oktober 2001)

Pressemitteilungen:

- „Offensive für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht“ anlässlich der Expertenanhörung des Bundesfachausschusses (22. September 2000)
- „Sozialdemokraten schaffen Gesamtschule ab!“ anlässlich aktueller bildungspolitischer Entwicklungen in Großbritannien (20. Februar 2001)
- „Laptops und Lehrer“ anlässlich der Expertenanhörung des Bundesfachausschusses (21. Februar 2001)
- „Garantie des Kanzlers ist nichts wert – dürftige Bilanz“ anlässlich der Verabschiedung des Berufsbildungsberichts (25. April 2001)
- „Lernschwache Kinder und Jugendliche dürfen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft nicht auf der Strecke bleiben“ anlässlich der Veröffentlichung eines Beschlusses des Bundesfachausschusses (16. Oktober 2001)

Sportpolitik

Vorsitzende: Steffie Schnoor, MdL (Mecklenburg-Vorpommern)

Stellvertreter: Klaus Riegert, MdB (Baden-Württemberg)
Hermann Winkler, MdL (Sachsen)

Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf

Schwerpunkthemen/Beschlüsse:

Der Bundesfachausschuss Sport hat im Berichtszeitraum dreimal getagt. In seiner Sitzung am 26. Juni 2000 befasste er sich mit dem Thema „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports“, Referent: Gerd Ahlert, Universität Osnabrück. Am 6. November 2000 fand eine Expertenanhörung zum Thema „Die präventive Bedeutung des Sports“ statt, Schwerpunkte waren Gesundheit, Schulsport, Integration, Sport statt Gewalt, Sport statt Drogen sowie die Darstellung der präventiven Bedeutung des Sports in den Medien, Referenten: Norbert Petry (Beauftragter des DSB für den Schulsport), Thomas Siebert (Landessportbund Berlin), Professor Dr. Helmut Zöpfl

(Universität München), Celil Senman (Deutsch-Türkische Union), Dr. Harald Schmid („Kinder stark machen“) sowie Hanns Ostermann (DeutschlandRadio Berlin).

Am 7. Mai 2001 ging es um das Thema „Sport und Umwelt“. Referenten waren der Vorsitzende des BFA Umwelt Kurt-Dieter Grill MdB und der Leiter der Abteilung Umwelt und Sportstätten des DSB, Dr. Hans Jägemann.

Darüber hinaus hat der Bundesfachausschuss eine Arbeitsgruppe gebildet, die in Vorbereitung auf die Bundestagswahl Sportpolitische Aussagen der CDU zum Wahlkampf erarbeiten soll.

Der Arbeitskreis Leistungssport des Bundesfachausschusses Sport unter Vorsitz von Herrn Klaus Riegert MdB tagte im Berichtszeitraum zweimal.

Am 23. Januar 2001 ging es insbesondere um die Nachwuchsförderung und -förderung im Spitzensport sowie um den Spitzensport von Menschen mit Behinderungen.

Am 15. Oktober 2001 informierte sich der Arbeitskreis Leistungssport vor Ort über die Unterstützung des Spitzensports durch das Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) in Leipzig. Darüber hinaus wurde ein Beschluss zur Dopingproblematik gefasst, sachkundig unterstützt durch Prof. Dr. R. Klaus Müller, Bundesbeauftragter für Dopinganalytik und Leiter des Dopingkontrolllabors in Kreischa.

Künftig wird sich der Arbeitskreis schwerpunktmäßig mit der Erstellung eines Programms zum Spitzensport befassen.

Papiere/Beschlüsse:

- Dokumentation der Expertenanhörung zur präventiven Bedeutung des Sports (6. November 2000)
- Beschluss des Arbeitskreises Leistungssport zur Dopingproblematik (16. Oktober 2001)

Gesellschafts- und Sozialpolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL

Stellvertreter: Claudia Nolte MdB
Peter Clever
Andreas Storm MdB

Geschäftsführerin: Dr. Kerstin Leis

Bisherige Beratungen und Ergebnisse:

Der Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik hat insgesamt siebenmal getagt. Hinzu kamen Sitzungen und Anhörungen der drei Untergruppen „Alterssicherung“, „Gesundheitspolitik“ und „Arbeitsmarkt“, die lediglich zeitlich begrenzt eingerichtet wurden.

Auf der Grundlage eines von der Untergruppe „Gesundheitspolitik“ erstellten Papiers hat der Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik am 23. September 1999 einen Beschluss „Erstklassige und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle“ gefasst, der am 15. Oktober 1999 der Presse vorgestellt wurde.

Der Bundesfachausschuss Gesellschafts- und Sozialpolitik hat am 4. Februar 2000 eine ganztägige Expertenanhörung zum Thema „Zukunft der Krankenhauspolitik“ durchgeführt, auf deren Grundlage das „Diskussionspapier für eine realistische und sozial verträgliche Krankenhausreform“ erstellt wurde. Dieses wurde am 6. April 2001 öffentlich vorgestellt.

Am 9. Februar 2001 führte der Bundesfachausschuss eine Expertenanhörung zur Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes durch. Die Ergebnisse sind in den Beschluss des Bundesvorstandes „Soziale Partnerschaft stärken – Betriebsverfassungsgesetz zukunftsfähig modernisieren“ eingeflossen.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Vorsitzender: Friedrich Merz MdB (bis 1. Februar 2001)
Christa Thoben (ab 1. Februar 2001)

Stellvertreter/in: Klaus Schweickart
Dr. Ulrich Born MdL
Hildegard Müller (ab 1. Februar 2001)

Geschäftsführer: Heribert Hennemann, komm. (bis 15. Februar 2001)
Mathias Hübscher (ab 15. Februar 2001)

Im BFA wurde über die Arbeitsergebnisse der Internetkommission der CDU Deutschlands beraten.

In seinem Arbeitsprogramm hat er des Weiteren das Thema Arbeitsmarkt - was fehlt zum Funktionieren dieses Marktes - behandelt. Er befasste sich mit den ordnungspolitisch notwendigen Rahmenbedingungen. Dabei ging es um die Überprüfung der Anreizsysteme für den Übergang von Nichtbeschäftigung zu Beschäftigung. Stichworte wie Lohnabstandsgebot, Arbeitseinkommen als Grundlage der sozialen Sicherung, Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, negative Einkommensteuer wurden dabei behandelt. Das Ergebnis wurde in einem Papier „Chancen für mehr Beschäftigung existieren - endlich handeln! – nicht Menschen beschimpfen“ zusammengefasst und als Presseerklärung der BFA-Vorsitzenden veröffentlicht. Des Weiteren

floss dieses Ergebnis in die Arbeit der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ ein.

Darüber hinaus beschäftigte sich der BFA mit den weiteren Perspektiven des Aufbau Ost. Als Ergebnis standen Anregungen, die in wesentlichen Teilen in dem Antrag des Bundesvorstandes „Im Osten was Neues“ eingingen.

Ein weiteres Thema war die Zukunft der Gewerbesteuer bzw. die Weiterentwicklung der kommunalen Besteuerung. Hierzu hat der BFA dem Dresdner Parteitag einen Antrag vorgelegt, der in gleichem Wortlaut auch von der KPV mitgetragen wird.

Außen- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)

Stellvertreter/in: Dr. Andreas Schockenhoff MdB (Baden-Württemberg)
Helga Grigoleit (Schleswig-Holstein)

Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Der Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik hat seit dem 13. Parteitag vier Sitzungen und eine Fachtagung abgehalten.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Bedrohungen abwehren – Stabilität erhalten, NMD:
Die Zeit bis zur Entscheidung zum Dialog nutzen (13. November 2000)
- Europa vereinigen –
Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung (13. November 2000)
- Standortsicherung bei der Bundeswehr (5. Februar 2001)
- Für einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst (28. März 2001)

Pressegespräche und –erklärungen:

- Willkommen Präsident Clinton:
Gratulation zum Karlspreis/Gespräch über Raketenabwehr (30. Mai 2000)
- Ein guter Tag für die Frauen – ein guter Tag für die Bundeswehr (2. Januar 2001)
- Thierse soll Iran-Reise absagen (18. Januar 2001)
- Pressegespräch: Bericht über die USA-Reise von Dr. Pflüger sowie von der 37. Münchener Sicherheitskonferenz (5. Februar 2001)
- Pflüger: Eichels Sparkurs schadet Deutschlands Außenpolitik (16. April 2001)

Am 12. November 2001 führte der Bundesfachausschuss eine Fachtagung zu den transatlantischen Beziehungen unter der Leitung von Dr. Friedbert Pflüger im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin durch: „USA-Deutschland: Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“. Referenten waren: Dr. Angela Merkel MdB, Volker Rühle MdB, der US-Experte für biologische Waffen Michael Moodie, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Christoph Berttram, der Innenminister des Landes Brandenburg Jörg Schönbohm MdL. Unter der Moderation von Karl Feldmeyer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diskutierten anschließend der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers MdB, die stv. EVP-Vorsitzende und ehemalige bulgarische Außenministerin Nadezhda Mihailova, Dr. Jeffry Gedmin vom American Enterprise Institute, der Leiter des Berliner Büros der Römisch-Katholischen Kirche Dr. Karl Jüsten, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland Dr. Nadim Elyas und Jörg Schönbohm über die Bedeutung des 11. September 2001.

Weitere Schwerpunktthemen:

- Rüstungsexportlinie der Bundesregierung
- Völkerrechtliche Legitimation von Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Nahost-Konflikt
- China – strategischer Partner oder Rivale?

Strukturpolitik

Vorsitzender: Dr. Michael Meister MdB (Hessen)

Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch MdL (Schleswig-Holstein)
Bärbel Nehring-Kleedehn MdL (Mecklenburg-Vorpommern)

Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Die Revitalisierung der Innenstädte ist ein vordringlicher Themenschwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Strukturpolitik. Dabei geht es um die konkrete Ausgestaltung des Wandels der Siedlungsstrukturen. Davon betroffen sind nicht nur Fragen der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik. Eng verknüpft damit sind auch Fragen moderner Datenkommunikation - insbesondere angesichts der raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Denn mit dem Umbruch vom Industrie- zum Informationszeitalter verändert sich auch die uns bisher bekannte Organisation von Arbeit, Wohnen und Verkehr. Der Bundesfachausschuss versteht sich daher als ein Gremium, das die verschiedenen Politikfelder -Verkehr, Wohnungsbau und Telekommunikation - miteinander verknüpft.

Der Bundesfachausschuss hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befasst:

- Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik
- Verbesserung des Baulandangebotes
- Wohnungsleerstand in den neuen Bundesländern
- Multimedia - Auswirkungen auf die Bauwirtschaft
- Demographische Auswirkungen auf Siedlungswesen und Infrastruktur
- Entwicklung der Post- und Telekommunikation
- Verkehrsinfrastrukturfinanzierung
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Zukunft der Bahn

Folgende Beschlüsse und Stellungnahmen des Bundesfachausschusses zu den behandelten Themen wurden in Presseerklärungen, UiD-Artikeln sowie über unser Internet-Angebot der Öffentlichkeit vorgestellt:

- Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik anstatt einseitiger Abrisskonzepte
- Kartellamt sollte möglichst bald den Strukturfonds genehmigen
- Energieeinsparverordnung jetzt verabschieden
- Herausforderungen und Perspektiven für den Öffentlichen Personennahverkehr
- Klimmt leistet ÖPNV-Nutzern einen Bärendienst
- Kernaussagen zur Bahnpolitik
- Bahnangebot auch im ländlichen Raum erhalten

Europapolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter/in: Christine Lieberknecht MdL (Thüringen)
Philipp Graf von Walderdorff

Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Der Bundesfachausschuss hat seit dem 13. Parteitag vier Sitzungen abgehalten.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Die Erweiterung der Europäischen Union – Die große Chance unserer Zeit (19. Januar 2001)
- Elmar Brok: Freiheit für Ivan Pilip und Jan Bubinek – EU muss gegen politische Inhaftierungen in Kuba vorgehen (19. Januar 2001)

- Forderungen der CDU an den europäischen Verfassungsprozess bis 2004 („Post-Nizza-Prozess“) (21. August 2001)

Presseerklärungen und –meldungen:

- Brok: Der Vertrag von Nizza – Ende der EU-Handlungsfähigkeit (13. Januar 2001)
- Brok: Deutsche Außenpolitik verliert nun auch bei der US-Administration an Gewicht (23. Februar 2001)
- Brok: Bundespräsident darf Rentengesetz nicht unterschreiben (18. Mai 2001)

Weitere Schwerpunktthemen:

- Forderungen im Hinblick auf die weitere Behandlung des EU-Vertrags von Nizza
- Überlegungen zur Reform der EU-Agrarpolitik
- Einführung des Euro als Bargeld
- Innen- und außenpolitische Dimension einer integrierte Sicherheitspolitik der EU nach den Terroranschlägen in den USA

Umwelt- und Energiepolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdB (Niedersachsen)

Stellvertreterin: Dr. Herlind Gundelach (Hessen)

Geschäftsführerin: Monika Bendig

Schwerpunktthemen/Beschlüsse:

Erster Themenschwerpunkt des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik war die Erarbeitung eines **Energiekonzeptes „Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert“**. Diese Aufgabe resultierte aus einem entsprechenden Beschluss des Erfurter Parteitages. Ziel war es, anhand des Energieprogramms Wege für eine zukunftsorientierte, ökologisch verträgliche und wirtschaftlich effiziente Energiepolitik aufzuzeigen und so die Herausforderungen, die sich aus Globalisierung und Liberalisierung ergeben, anzunehmen. Am 4. Dezember 2000 wurde das Konzept vom Bundesvorstand verabschiedet und im Rahmen einer Pressekonferenz vom Generalsekretär und den Bundesfachausschussvorsitzenden der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein weiteres Schwerpunktthema bildeten Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung. Hierzu erarbeitete die Arbeitsgruppe Grundwerte ein **Positionspapier „Nachhaltige Entwicklung und Grundwerte“**, das in der Sitzung am 31. Oktober 2001 vom Bundesfachausschuss verabschiedet wurde. Ziel ist es, die Nachhaltigkeit als gesellschaftliches und ethisches Prinzip, das die Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt, auch als Gegenentwurf zum sozialdemokratischen Programm und in Vorbereitung auf den Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg (September 2002) zu verankern. Darüber hinaus hat der Bundesfachausschuss

beschlossen, sich für einen gemeinsamen Kongress von Partei, CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Konrad-Adenauer-Stiftung im Februar/März 2002 einzusetzen, um das Thema positiv zu besetzen und stärker in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Das unter Leitung von Herrn Dr. Glatzel entwickelte „**Eckwertepapier für eine moderne Naturschutzpolitik**“ der Arbeitsgruppe Naturschutz wurde vom Bundesfachausschuss in der Sitzung am 28. August 2000 beschlossen.

Im Rahmen seiner Sitzung am 31. Oktober 2001 hat der Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik ein **Konzept zum Thema „Globale Strategie gegen Wassermangel als internationales Konfliktpotential“** verabschiedet, das im Rahmen einer Presseerklärung in vor der Weltwasserkonferenz im Dezember 2001 in Bonn vorgestellt werden soll.

Ein Schwerpunktthema der Bundesfachausschusssitzung am 31. Oktober 2001 war die Verabschiedung von Ergänzungs-/Änderungsanträgen zum Leitantrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“.

Weitere Themenpunkte des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik:

- Neuordnung der Abfallwirtschaft, inklusive der Verpackungsverordnung
- Klimaschutz, CO₂-Minderung
- Novelle des Atomgesetzes

Entwicklungspolitik

Vorsitzender: Armin Laschet MdEP (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter/in: Klaus-Jürgen Hedrich MdB (Niedersachsen)
Anne-Karin Glase MdEP (Brandenburg)

Geschäftsführer: Markus Lackamp

Der Bundesfachausschuss hat seit dem 13. Parteitag zwei Sitzungen abgehalten.

Am 7. Mai 2001 wurde im KAH gemeinsam mit dem CDU-Bundesarbeitskreis Menschenrechte eine Fachtagung „Menschenrechte in Afrika“ mit dem Generalsekretär durchgeführt. In Auswertung dieser Fachtagung wird eine Broschüre erarbeitet.

Am 10. September 2001 tagte die Arbeitsgruppe „Entwicklungspolitische Leitlinien“.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Armutsbekämpfung als vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit (21. Juni 2001)
- Spitzenkräfte für den Senior Experten Service gewinnen (21. Juni 2001)
- Gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten (7. September 2001)
- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika südlich der Sahara (19. November 2001)

Presseerklärungen und -meldungen:

- Laschet: Wieczorek-Zeul soll die Wahrheit sagen (24. Oktober 2000)
- Meyer: Amtsantritt von Fox gutes Signal für Mexiko (21. Dezember 2000)
- Laschet zum neuen Schatzmeister der CDI gewählt (9. Februar 2001)
- Laschet: Kandidatur Annans unterstützen (28. März 2001)
- Laschet und Weiß: Kein Hoffnungsschimmer für die Armen der Welt (4. April 2001)
- Gröhe und Laschet: Für die Politisierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika (8. Mai 2001)
- Laschet: Regierung bricht Versprechen: Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sinken weiter (12. Juni 2001)
- Laschet und Gröhe: Keine Entwicklungshilfe für Folterer (26. Juni 2001)
- Laschet und Weiß: Rot-Grün kürzt Mittel für zivile Konfliktprevention in Mazedonien (24. August 2001)
- Laschet und Reinhardt: Gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten (7. September 2001)
- Laschet: Spitzenkräfte für den Senior Experten Service gewinnen (21. September 2001)
- Laschet: EU-Kommissar Nielson untragbar (25. September 2001)
- Laschet: Eichel muss Konsequenzen ziehen – mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit (11. Oktober 2001)
- Laschet: Friedensnobelpreis für Kofi Annan und die Vereinten Nationen – exzellente Entscheidung (12. Oktober 2001)
- Gröhe und Laschet: Mehr Engagement für die Vereinten Nationen (23. Oktober 2001)
- Laschet: Afrika stärken – den Terrorismus bekämpfen (19. November 2001)

Weitere Schwerpunktthemen:

- Ziviler Friedensdienst
- Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Agrarpolitik

- Vorsitzender: Reimer Böge MdEP (Schleswig-Holstein)
- Stellvertreter/in: Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB (Niedersachsen)
Petra Wernicke MdL (Sachsen-Anhalt)
- Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik hat sich im Berichtszeitraum vorrangig mit den Themen sinnvolle Verbindung von Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Steuer- und Strukturpolitik für die Landwirtschaft sowie mit den Herausforderungen der EU-Osterweiterung für Landwirtschaft und Agrarpolitik befasst. Insbesondere zur EU-Osterweiterung fand ein intensiver Diskussionsprozess mit Vertretern von Wissenschaft und Verbänden statt.

Im Jahr 2001 nahm der Bundesfachausschuss an der infolge der BSE-Krise entstandenen Diskussion um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik teil und erarbeitete zusammen mit der **Kommission „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“** der CDU wichtige Vorschläge für die weitere Diskussion. Im Rahmen der fortdauernden Diskussion um die Zukunft der Agrarpolitik führte der Bundesfachausschuss im Herbst 2001 eine zweitägige Sitzung in Brüssel unter Teilnahme von EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler, verschiedenen Fachbeamten der EU-Kommission, Verbandsvertretern sowie ausländischen EVP-Abgeordneten durch.

Arbeitsgruppen:

- Wettbewerbsfähige Landwirtschaft
- Landwirtschaft und Umwelt

Beschlüsse:

- Struktur- und Steuerpolitik für die Landwirtschaft (Oktober 2000)
- Landwirtschaft und Umweltschutz – Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander (März 2001)
- Landwirtschaft zukunftsfähig weiterentwickeln (Juni 2001)

Pressemitteilungen:

- Wettbewerbsgleichheit für Deutschlands Bauern in der EU herstellen: Agrardiesel zu Heizölsteuersätzen anbieten – Ökosteuer aussetzen (14. September 2000)
- Chancen nutzbar machen für Deutschlands Bauern (2. Oktober 2000)
- Land- und Forstwirtschaft brauchen Freiraum, um Umweltleistungen zu erbringen (9. März 2001)

Forschung und Innovation

Vorsitzender: Prof. Dr. Heribert Offermanns (Hessen)

Stellvertreter/in: Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP (Niedersachsen)
Thomas Rachel MdB (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation analysierte die rot-grüne Forschungspolitik und erstellte im Herbst 2000 eine umfangreiche Halbzeitbilanz. Weitere Schwerpunktthemen

waren die Verknüpfung von Innovationen und Arbeitsplätzen und die Energieforschung. Hierzu referierte im Bundesfachausschuss der Vorsitzende des Fachausschusses Forschung und Technologie des BDI, Prof. Klaus Vöhringer, Vorstandsmitglied der Daimler-Chrysler AG. Der Bundesfachausschuss erarbeitete zudem Vorschläge zur Verbesserung der Innovationssituation bei kleineren und mittleren Unternehmen und erstellte ein Konzept zur Bio- und Gentechnik.

Wesentlicher Teil der Arbeit des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation ist die Kontaktpflege zu Forschern und Wissenschaftsorganisationen. Hierfür wurden zum Beispiel eine Vor-Ort-Veranstaltung im Raum Frankfurt mit Besuch des Biozentrums der Goethe-Universität Frankfurt sowie des Max-Planck-Instituts für Biophysik durchgeführt sowie mehrere Kamingsgespräche, u.a. mit DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Prof. Dr. Winfried Schulze und dem Genforscher Prof. Dr. André Rosenthal.

Der **Arbeitskreis Bioethik** des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation beschäftigte sich mit der Stammzellforschung, der Präimplantationsdiagnostik, dem Umgang mit genetischer Diagnostik generell, der Patentierung biotechnologischer Erfindungen sowie mit dem Themenkreis Embryonenschutz, Menschenwürde, Schutz des menschlichen Lebens. Zusammen mit der Wertekommission führte der Arbeitskreis Bioethik des Bundesfachausschusses eine öffentliche Expertenanhörung im Januar 2001 in Mainz durch.

Arbeitsgruppen:

- Gentechnik
- Bioethik
- Forschung und Mittelstand

Beschlüsse:

- Dokumentation „Viel Lärm um nichts“ – Halbzeitbilanz rot-grüner Forschungspolitik (September 2000)
- Positionspapier zur Patentierung biotechnologischer Erfindungen (März 2001)
- Gesamtkonzept Bio- und Gentechnologie (Oktober 2001)
- Verbesserung der Innovationssituation bei kleineren und mittleren Unternehmen (Oktober 2001)

Pressemitteilungen:

- CDU richtet Arbeitskreis Bioethik ein (16. Mai 2000)
- Viel Lärm um nichts – Halbzeitbilanz rot-grüner Forschungspolitik (5. September 2000)
- Innovationsfähigkeit in Deutschland muss erhöht werden (17. Oktober 2000)
- Rot-grüne Planungen zu den AfA-Tabellen sind Innovationsbremsen durch die Hintertür (26. Oktober 2000)
- Rot-grün vernachlässigt in unverantwortlicher Weise die Energieforschung (1. November 2000)
- Wir brauchen ein Gesamtkonzept in der Bio- und Gentechnologie (17. September 2001)

Medienpolitik

Vorsitzender:	Günther H. Oettinger
Stellvertreter:	Bernd Neumann MdB
Geschäftsführer:	Michael Duderstädt

Der Bundesfachausschuss setzt sich dafür ein, dass die Medienordnung in Deutschland von den Gedanken der Freiheit, der Vielfalt und der Verantwortung geprägt sein muss. Dabei soll die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, die dem Dualen Rundfunksystem, also dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk, gleichermaßen Entwicklungsperspektiven eröffnen. Denn das Duale Rundfunksystem sichert die Qualität des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Die Ausschussarbeit wurde im Berichtszeitraum von drei Schwerpunkt-Themen bestimmt: der Reform der Medienordnung, auch vor dem Hintergrund technischer Entwicklungen wie der Verbreitung des Internets; die Erzielung von Synergieeffekten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere in der ARD und Fragen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Zu diesen Themen wurden in sechs Sitzungen u.a. folgende Aspekte erörtert:

- Stand und Entwicklung von DAB und DVB
- Kompetenz und Aufgabenentwicklung der KEK im Medienbereich
- Überlegungen zur Zukunft der Deutschen Welle
- Neue Entwicklungen im Urheberrecht
- Sachstand, weiteres Verfahren – Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- Neue Rundfunkordnung – Rundfunkkommission der Länderparlamente (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
- Neuordnung des Auslandsrundfunks
- Situation und Entwicklung des Breitbandkabels in Deutschland
- Neuordnung der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
- Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Kommunen
- (Digitale) Übertragungsrechte der Fußball-WM 2002/2006
- Medienpolitik der CDU in Bund und Ländern

Der Ausschuss bemüht sich zudem darum, das medienpolitische Engagement der Union weiter zu optimieren. Dabei sollen strategische Positionen insbesondere zu den Themen - allgemeiner Regulierungsrahmen der Medien, Auftrag, Funktion und Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Medienpolitik als Teil nationaler und internationaler Kulturpolitik – formuliert werden.

Medienkonzentrationsrecht	Dr. Hans Joachim Reiter
Jugendschutz	Ruth Hieronymi
Harmonisierung und Bündelung der Medienzuständigkeiten	Dr. Jürgen Brautmeier Dr. Thomas Hirschle Reiner Schomburg
Werbung, Sponsoring, Teleshopping	Dr. Hansjörg Kuch
Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	Prof. Dr. Albrecht Ziemer Jürgen Doetz Bernd Neumann
Struktur der Rundfunkgebühr	Günther H. Oettinger
Gebührenfestsetzung	Günther H. Oettinger

Die **Arbeitsgruppe Film des BfA Medienpolitik** befasste sich u.a. mit der Bewertung des bisherigen Ergebnisses „Bündnis für den Film“ sowie des Berichts der Bundesregierung zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Rahmenbedingungen für den deutschen Film“.

Gesprächskreis Kultur

Vorsitzender: Dr. Norbert Lammert, MdB

Geschäftsführer: Dr. Ralf Gebel (seit Oktober 2000)

Der Gesprächskreis Kultur hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen abgehalten und den Dialog zwischen der CDU und Künstlern bzw. Vertretern von Kulturverbänden gepflegt.

Am 15. September 2000 trafen sich die Mitglieder auf der „Expo2000“ in Hannover und ließen sich insbesondere über das umfangreiche Kulturprogramm der Weltausstellung unterrichten. Am 27. März 2001 war der Gesprächskreis Gast der „Stiftung Brandenburger Tor“ der Bankgesellschaft Berlin. An dieser Sitzung nahm auch die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel teil. Die dritte Sitzung war in das „1. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung eingebunden, zu dem Herr Dr. Lammert als stellvertretender Vorsitzender der Stiftung eingeladen hatte (9./10. November 2001). Themenschwerpunkte der Tagung, an der u.a. der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, und die Brandenburgische Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Prof. Dr. Johanna Wanka, als Referenten teilnahmen, waren Kulturpolitik in Brandenburg, Kulturföderalismus und Bundeskulturstiftung, Urheberrecht und Stiftungsrecht.

Arbeitskreis Menschenrechte

Vorsitzender: Hermann Gröhe MdB (Nordrhein-Westfalen)

Stellvertreter/in: Peter Weiß MdB (Baden-Württemberg)
August Rössner (Nordrhein-Westfalen)
Marlene Lenz (Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführer: Markus Lackamp

Der Bundesarbeitskreis hat seit dem 13. Parteitag zwei Sitzungen abgehalten.

Am 7. Mai 2001 fand im Konrad-Adenauer-Haus eine Fachtagung „Menschenrechte in Afrika“ gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik mit dem Generalsekretär statt. In Auswertung dieser Fachtagung wird eine Broschüre erarbeitet.

Am 20. Juni 2001 fand mit dem Generalsekretär und zahlreichen Vertretern von in der Menschenrechtspolitik tätigen Nichtregierungsorganisationen ein Fachgespräch zu grundsätzlichen Fragen der Menschenrechtspolitik statt.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Menschenrechtserziehung (26. Juni 2001)

Presseerklärungen und -meldungen:

- Gröhe: Universalität der Menschenrechte: Taten statt Lippenbekenntnisse (8. Dezember 2001)
- Gröhe und Pflüger: Thierse soll Iran-Reise absagen (18. Januar 2001)
- Gröhe: Menschenrechtsslage auf Kuba besorgniserregend (25. Januar 2001)
- Gröhe: Gegen die Straffreiheit – Folter weltweit bekämpfen (9. März 2001)
- Gröhe und Gahler: Endlich die Suspendierung Russlands im Europarat einleiten (16. März 2001)
- Gröhe und Laschet: Für die Politisierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika (8. Mai 2001)
- Meyer und Gröhe: 40 Jahre amnesty international: Ein Dank an die Verteidiger der Menschenrechte (28. Mai 2001)
- Meyer: Menschenrechte: Querschnittsaufgabe christlich-demokratischer Politik (21. Juni 2001)
- Laschet und Gröhe: Keine Entwicklungshilfe für Folterer (26. Juni 2001)
- Gröhe: Erlass zur Menschenrechtserziehung nötig (12. Juli 2001)

Weitere Schwerpunktthemen:

- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Menschenrechte in Indonesien

- Minderheitenschutz
- Maßnahmen gegen Folter
- Menschenrechte in Indien

Arbeitskreis Polizei

- Vorsitzender: Volker Bouffier
- Stellvertreter: Josef Schön
Klaus Schlie
- Geschäftsführer: Peter Brörmann (bis Juli 2000)
Dr. Jean Angelov (ab August 2000)

Arbeitsplanung 1999/2002

Bis zum Jahre 2002 wird sich der Bundesarbeitskreis Polizei verstärkt mit Fragen des Freiwilligen Polizeidienstes, der gesetzlichen Regelung für Wach- und Sicherheitsdienste sowie der Möglichkeit der Vorfeldermittlung durch den Verfassungsschutz und der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes beschäftigen. Weitere Themen werden die Stärkung der Aufgaben und Befugnisse der Polizei sowie die Gewährung der inneren Sicherheit in Europa und der Schutz der EU-Außengrenzen sein. Er wird zudem das begonnene Arbeitspapier zur Stärkung der inneren Sicherheit fortführen, das Anregungen und Forderungen zur kriminalpräventiven wie auch polizeilichen Arbeit enthält.

Beratungen seit April 2000 und deren Ergebnisse:

Der Bundesarbeitskreis Polizei führte im Berichtszeitraum eine Sitzung durch. Im Mittelpunkt der Beratungen standen dabei folgende Fragen: Personelle und sachliche Ausstattung der Polizei, Freiwilliger Polizeidienst und Sicherheitsdienste, Verankerung der öffentlichen Ordnung sowie Aufnahme von verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen, innere Sicherheit in Europa sowie die Zuständigkeiten von Europol.

Beschlüsse / Erklärungen:

- Erklärung zur Strafrechtsreform (10. Mai 2000)

BACDJ

Vorsitzender:	Herbert Helmrich MdL (Mecklenburg-Vorpommern)
Stellvertreter:	Dr. Elisabeth Dette-Koch (Baden-Württemberg) Dr. Norbert Röttgen MdB (Nordrhein-Westfalen) Prof. Dr. Rupert Scholz MdB (Berlin)
Geschäftsführer:	Peter Hartmann

Fachkommissionen:

Europa (Vorsitzender: Prof. Dr. Carl Otto Lenz)
Rechtsmittelsystem im Zivilrecht und Gerichtsstruktur (Vorsitzender: Dr. Röttgen)
Strafrecht und Strafprozessrecht (Vorsitzende: RiBGH Harms)
Tariftreue (Vorsitzender: Dr. Gottschalck)
Juristenausbildung (Vorsitzender: Dr. Gottschalck)
Renten und Sozialrecht (Vorsitzender: RiBAG Schliemann)
Verwaltungsvereinfachung und eDemocracy (Vorsitzender: Dr. Kretschmer)
Rechtspolitisches Programm (Vorsitzender: Prof. Dr. Letzgus)

Schwerpunkte der Arbeit des BACDJ:

Europäische Rechtspolitik, insbesondere Fragen zur Reform der Europäischen Union
Entlastung der Rechtspflege im Bereich Zivil- und Strafrecht
Fortentwicklung des strafrechtlichen Sanktionensystems
Weiterentwicklung der Renten- und Sozialrechts
Rechts- und Verwaltungsvereinfachung
Einfluss der neuen Medien auf Staat und Verwaltung
Rechtliche Rahmenbedingungen für Innere Sicherheit

Stellungnahmen und Beschlüsse:

- Eckpunkte einer Reform der Juristenausbildung
- Thesenpapier zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz zur Reform des Sanktionenrechts
- Positionspapier zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Reform des Zivilprozesses
- Stellungnahme zu den Bestrebungen des Bundesgesetzgebers, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bau- und Verkehrsbereich künftig von einer Tariftreueerklärung der Auftragnehmer abhängig zu machen
- Entwurf eines Antrags der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU zur Änderung von § 56b (alternativ: § 64) der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Gesetzesfolgenabschätzung)
- Stellungnahme zur Reform der Europäischen Union

- Empfehlung zum Entwurf der Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- Stellungnahme zu der Charta der Grundrechte, zu der Größe der Kommission, zur Neugestaltung der Vertragstexte und zum Verordnungsvorschlag der Kommission zur Anwendung der Art. 81, 82 EG
- "Stellungnahme von Erfurt" zur Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten
- "Stellungnahme von Düsseldorf" zu Fragestellungen im Anschluss an den Vertrag von Nizza

2.12 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

Unter Vorsitz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, Eva-Maria Kors, trat die Konferenz der Aussiedlerbeauftragten am 7. Dezember 2000 zu ihrer turnusmäßigen Sitzung in Berlin zusammen. Als Gast nahm der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, an der Konferenz teil. In seiner Stellungnahme sicherte er den Teilnehmern weitere Unterstützung durch die CDU bei ihrer wichtigen Arbeit zu. Im Nachgang zu dieser Sitzung forderte er die Kreisvorsitzenden der CDU Deutschlands in einem Schreiben auf, die im jeweiligen Kreisverband wohnhaften Aussiedler stärker in die Parteiarbeit zu integrieren.

Die Aussiedlerbeauftragte informierte die Mitglieder der Konferenz mit einem aktuellen Sachstandsbericht über die Probleme des Aufnahmeverfahrens, über die massiven Kürzungen der Bundesregierung im Bundeshaushalt 2001 bei den Hilfen für die Herkunftsländer sowie über die Situation in den Herkunftsländern.

Bei der Bewertung der aktuellen Entwicklung der Aussiedlerpolitik waren sich die Mitglieder der Konferenz darin einig, dass am Ende der derzeitigen Zuwanderungsdebatte keinesfalls weitere Benachteiligungen für die Spätaussiedler und ihre Familien gegenüber anderen Zuwanderungsgruppen stehen dürften. Durch die Quotierung auf 100.000 Personen im Jahr, die Wohnortzuweisung, die Durchführung des Sprachtests und die fünfjährige Wartezeit im Herkunftsgebiet unterlägen die Spätaussiedler und ihre Familien bereits heute Beschränkungen, denen keine andere Zuwanderungsgruppe in dieser Weise unterworfen sei.

Ebenso war man sich darin einig, dass auch für Spätaussiedler und ihre Familien die Verpflichtung bestehe, sich in Deutschland zu integrieren. In die notwendigen Gesamtüberlegungen über die Ausgestaltung von Integrationsangeboten mit verpflichtendem Charakter mit einzubeziehen seien etwa die Fragen der Förderung von Sprachkursen sowie berufsfördernde Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen in den Herkunftsgebieten für die Antragsteller und ihre Familien als Vorbereitung auf die Einreise nach Deutschland. Vor allem müssten Regelungen für die Familienzusammenführung und den Nachzug von Kindern gefunden werden.

Einigkeit bestand unter den Teilnehmern auch dahingehend, dass eine bessere Aufklärung der einheimischen Bevölkerung über das besondere Schicksal der Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland erforderlich sei. Berichte von Zeitzeugen in Schulen oder in anderen Veranstaltungen über ihre persönliche Geschichte könnten hierzu beitragen und sollten gefördert werden.

Nach dem Willen der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz wird sich die Aussiedlerpolitik der CDU auch künftig an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientieren und soll auch weiterhin geprägt sein durch die Grundsätze der Solidarität und der Verantwortung.

2.13 Internet-Kommission

Der CDU-Bundesvorstand hat am 8. Mai 2000 Thomas Heilmann zum Internet-Sprecher der CDU ernannt und beschlossen, eine Internet-Kommission einzusetzen. Die konstituierende Sitzung fand am 27. Juni 2000 statt.

Arbeitsprogramm und Strukturen

Die politische Zielsetzung der Kommission ist verbunden mit der Entwicklung von Stellungnahmen zu wichtigen aktuellen Fragen der Internetentwicklung sowie die Erarbeitung einer Konzeption eines mittelfristigen Internet-Entwicklungsprogramms für Deutschlands. Das heißt Vorstellungen zu entwickeln, um die Möglichkeiten des Internets in allen Lebensbereichen optimal nutzbar zu machen und den Standort Deutschland als moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu sichern.

Dazu sind Arbeitsgruppen für die einzelnen Felder der Politik gebildet worden und je nach Thema weitere Sachkundige aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik außerhalb des Kreises der Kommission hinzugezogen worden.

Folgende Themenschwerpunkte sind sowohl in der Internet-Kommission insgesamt als auch in den dafür gebildeten Arbeitsgruppen behandelt worden:

- Analyse der Ausgangssituation
Deutschland im internationalen Vergleich
Zielerwartungen der CDU
Handlungsbedarf für die Politik
- „Start-up Deutschland“
Die Herausforderung: Eine Revolution wirtschaftlichen Handelns
Das Ziel: Eine neue Wirtschaftsordnung für die „One Economy“
Die Maßnahmen: Wettbewerb ist beste Zukunftspolitik

- „Steuern, ohne zu bremsen“
Die Herausforderung: Das Internet verändert Steuertatbestände
Das Ziel: Einfach, fair und wettbewerbsfähig
Die Maßnahmen: Eine internetgerechte Steuerordnung
- Vorsprung durch Bildung
Die Herausforderung: Eine neue Bedeutung von Bildung
Das Ziel: Teilhabe für jeden
Die Maßnahmen: Wissen ist wichtiger als Technik
- Mit Sicherheit ins Internet
Die Herausforderung: Eine spezifische Sicherheitsproblematik
Das Ziel: Daten und Strukturen schützen
Maßnahmen: Kompetenz sichert Vertrauen
- E-Government: Mehr Bytes für die Bürger
Die Herausforderung: Bürokratie und Politikverdruss
E-Administration
Das Ziel: Eine bürgerliche Verwaltung
Die Maßnahmen: Effizienz und Service
E-Demokratie
Das Ziel: Mehr Interaktion zwischen Bürger und Staat
Die Maßnahmen: Neue Wege der Teilhabe

Die Internet-Kommission hat den Abschlussbericht „Chancen@Deutschland“ erstellt und diesen am 30. August 2001 der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel übergeben. Gleichzeitig wurde ein Maßnahmenkatalog mit 47 Forderungen vorgelegt, der den Handlungsbedarf für die Politik darstellt. Dieser Maßnahmenkatalog wird auf dem Dresdner Parteitag als Antrag beraten. Damit legt die CDU als erste Partei in Deutschland eine umfassende Internet-Strategie vor.

3. Wahlkämpfe

3.1 Landtagswahlen

Seit dem 13. Parteitag in Essen fanden fünf Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen sowie die Kommunalwahl in Niedersachsen statt, bei denen die jeweiligen Landesverbände durch das Bundesrednereinsatzprogramm der Bundesgeschäftsstelle organisatorisch unterstützt wurden.

Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen trat eine strukturelle Änderung im Bundesrednereinsatz in Kraft, so dass in den Wahlkämpfen ab 2001 der Kreis der Bundesredner eingegrenzt wurde auf die Parteivorsitzende, den Generalsekretär sowie die vier Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000

In Nordrhein-Westfalen konnten in Abstimmung mit dem Landesverband 23 Bundespolitiker der CDU für Wahlkampfauftritte gewonnen werden. Dabei wurden insgesamt 90 Einsätze organisiert. Die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel bestritt sieben Veranstaltungen.

Baden-Württemberg am 25. März 2001

Nachdem die Neuregelung des Bundesrednersatzes erstmals praktiziert wurde, konnten im Landtagswahlkampf in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Baden-Württemberg 30 Wahlkampfauftritte mit dem neuen Bundesrednerkreis durchgeführt werden. Mit der Parteivorsitzenden wurden 12 Veranstaltungen in Baden-Württemberg organisiert.

Rheinland-Pfalz am 25. März 2001

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz wurde von der Bundesgeschäftsstelle ebenfalls durch den Bundesrednereinsatz unterstützt. Insgesamt wurden gemeinsam mit dem Landesverband 25 Wahlkampfeinsätze organisiert. Die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel führte sechs Kundgebungen durch.

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 23. September 2001

Im Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaft wurden sechs Einsätze über den Bundesrednereinsatz organisiert. Eine Reihe von Terminen musste wegen des Terroranschlags am 11. September 2001 wieder abgesagt werden. Die Parteivorsitzende unterstützte den Landesverband an zwei Tagen.

Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin am 21. Oktober 2001

In Abstimmung mit dem Landesverband Berlin wurden 12 Veranstaltungen von der Bundesgeschäftsstelle betreut. Dabei nahm die Parteivorsitzende Frau Dr. Merkel sechs Termine wahr.

3.2 Kommunalwahlen

Niedersachsen am 9. September 2001

Die Bundesgeschäftsstelle unterstütze die CDU in Niedersachsen auch im Kommunalwahlkampf mit dem Bundesrednereinsatz. Hier konnten gemeinsam 23 Wahlkampftermine koordiniert werden. Die Parteivorsitzende sprach auf einer Großkundgebung auf dem Opernplatz in Hannover sowie bei vier weiteren Veranstaltungen.

4. Veranstaltungen und Aktionen

4.1 Kongress „Der faire Sozialstaat“

Die Zukunft der sozialen Sicherheit und die Frage „Was ist eigentlich sozial im 21. Jahrhundert?“ standen im Zentrum des Kongresses „Der faire Sozialstaat“, der am 24. Juni 2001 im Berliner „Estrel Convention Center“ statt fand. An die Grundsatzreden von Christian Wulff, dem Vorsitzenden der Präsidiuumskommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“, von Dr. Lothar Späth, dem Vorstandsvorsitzenden der Jenoptik AG, und Dr. Angela Merkel, der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, schlossen sich drei Kolloquien an. Die Kolloquien befassten sich mit den zentralen Herausforderungen, vor denen die Solidarsysteme im Gesundheitswesen, in der Altersvorsorge und auf dem Arbeitsmarkt im 21. Jahrhundert stehen. An diesen Kolloquien beteiligten sich u. a. Prof. Dr. Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Prof. Dr. Friedrich Schwartz, Vorsitzender des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen und Klaus Michaelis, Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Anlässlich des Kongresses „Der faire Sozialstaat“ wurde auch das Diskussionspapier der „Kommission Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“ – unter dem Titel „Der faire Sozialstaat – eine neue Politik für eine neue Zeit“ vorgestellt. Darin heißt es u. a.: „Christliche Demokraten haben den Sozialstaat wesentlich gestaltet und geprägt. Alle großen Sozialgesetze in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stammen von uns. ... Wir wissen, dass sich die Wirklichkeit, in der wir leben, dramatisch verändert. Es bedarf des Mutes zur Erneuerung, um die Chancen einer sich wandelnden Wirklichkeit zu ergreifen. Dabei darf keiner verloren gehen. Wir wollen denen, die den Wandel als Bedrohung wahrnehmen, glaubhaft vermitteln, dass es uns darum geht, ihre Belange zu vertreten und gemeinsam mit allen Menschen die Zukunft zu gestalten. Auch diejenigen, die keine Stimme und keine Lobby haben, finden in der CDU Gehör und Unterstützung. Brücken zu bauen gehört zu den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.“

4.2 Kongress „Auch in Zukunft menschenwürdig leben“

„Auch in Zukunft menschenwürdig leben“ lautete das Motto des Kongresses zu Bioethik und Gentechnologie am 13. Dezember 2000 in Berlin unter der Leitung von Dr. Jürgen Rüttgers MdL, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. Mit dem Kongress eröffnete die CDU eine breite gesellschaftliche Debatte um ethische Fragen, die mit neueren Entwicklungen in der Gen- und Biotechnologie verbunden sind. Dr. Jürgen Rüttgers sprach sich in seiner Eröffnungsrede ganz klar dafür aus, die Chancen der Bio- und Gentechnologie zu nutzen und erinnerte daran, dass es die Forschungspolitik der früheren CDU-geführten Bundesregierung war, die Deutschland zur Nummer eins in der Biotechnologie in Europa gemacht hat. Ebenso klar sprach er sich dafür aus, dort Grenzen zu ziehen, wo die Gefahr der Verletzung von Menschlichkeit und Menschenwürde besteht. Als wichtige Handlungsfelder nannte er die Gendiagnostik, die Erzeugung von Embryonen zu Forschungs- oder zu gewerblichen Zwecken, das Klonen von Menschen, Eingriffe in die menschliche Keimbahn, eugenische Ziele, der Umgang mit genetischen Daten und Patenten, die zu Nutzungsrechten am menschlichen Körper führen können. Die CDU-Bundesvorsitzende, Frau Dr. Angela Merkel MdB, machte deutlich, dass die CDU sich in der bioethischen Debatte von einem verantwortlichen christlichen Menschenbild leiten

lasse, das den Menschen in seiner Würde und Einzigartigkeit akzeptiere. Trotzdem seien Antworten in vielen Fragen schwierig, da ethisch/moralische Dilemmata vorlägen. In dem Zusammenhang verwies sie auf die Stammzellforschung und die Präimplantationsdiagnostik. Sie forderte zudem eine Klärung der Frage, inwieweit Deutschland an internationalen Regelungen, wie der EU-Biopatentrichtlinie und der Biomedizin-Konvention des Europarates mitwirken und sie mitbestimmen wolle. Die bioethischen Fragestellungen aus theologischer Sicht beleuchteten Präses Manfred Kock, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Prof. Dr. Klaus Berger, Seminar für Neutestamentliche Theologie der Universität Heidelberg.

Im zweiten Teil des Kongresses ging es um konkrete Anwendungsfelder der Gen- und Biotechnologie. Folgende themengebundene Statements wurden abgegeben: Pränatale Diagnostik, Prof. Dr. Christian Wilhelm, Facharzt für Pränatalmedizin, Freiburg / Köln; Patentierung von Leben, Prof. Dr. Joseph Strauss, MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, München; genetische Diskriminierung, Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach, Fachbereich Sozialarbeit, Fachhochschule Frankfurt a. M.; Therapeutisches Klonen, Dr. Thomas Heinemann, Institut für Wissenschaft und Ethik, Bonn; Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarates, Prof. Dr. Dr. Ludger Honnefelder, Philosophisches Seminar der Universität Bonn. Im Anschluss an eine lebhafte Diskussion hielt Prof. Dr. Jens Reich, Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin, Berlin-Buch den Schlussvortrag zum Thema „Die negative Utopie vom perfekten Menschen“.

4.3 Kongress „Landwirtschaft – Wirtschaftsland“

Am 7. Mai 2001 fand in Berlin vor über 700 Teilnehmern der Kongress „Landwirtschaft - Wirtschaftsland. Zukunft für den ländlichen Raum“ statt. Ziel des Kongresses war es, in der Krise um BSE sowie Maul- und Klauenseuche ein Zeichen der Solidarität mit der deutschen Landwirtschaft zu setzen und gleichzeitig die Diskussion um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik vor dem Hintergrund der WTO-Verhandlungen, der EU-Osterweiterung und der zunehmenden gesellschaftlichen Ansprüche im Bereich von Umwelt, Lebensmittelqualität und Verbraucherschutz auf realistischer Grundlage voranzubringen.

In ihrer Eröffnungsrede mahnte die CDU-Bundesvorsitzende, Dr. Angela Merkel MdB, zukunftsweisende Konzepte für die gesamte deutsche Landwirtschaft an. Sie setzte sich für einen verbesserten Verbraucherschutz ein und forderte für die Landwirtschaft vergleichbare Wettbewerbsbedingungen wie in den anderen EU-Staaten. Der Hauptreferent der Veranstaltung, EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler, erteilte der sogenannten rot-grünen Agrarwende ebenfalls eine klare Absage. Er verwies auf die Möglichkeiten der Agenda 2000 in Bezug auf die Umwidmung von Direktzahlungen im Rahmen der Marktordnungen in ländlichen Entwicklungsmaßnahmen (Modulation) und die Etablierung von Umweltstandards (Cross-Compliance). Für die Zukunft sieht er die Notwendigkeit, die EU-Landwirtschaftspolitik in Richtung auf eine integrierte Wirtschaftspolitik für den ländlichen Raum weiterzuentwickeln und die flächendeckende Landwirtschaft weniger produktions- als kulturlandschaftsbezogen zu fördern.

Zu Erhöhung der Lebensmittelsicherheit setzt er auf effiziente Herkunfts- und Qualitätssicherungssysteme.

Im Anschluss daran beschäftigten sich drei Foren mit der Zukunft der Landwirtschaft, der Verbindung von Naturschutz mit Landwirtschaft sowie einer umfassenden Entwicklung der ländlichen Räume. Es diskutierten zum Thema „Quo vadis Landwirtschaft?“ Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes; Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, FAL Braunschweig, Dr. Peter Traumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie; Thomas Dosch, Vorstandssprecher Bioland; Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes sowie Dr. Franz Fischler, EU-Agrarkommissar. Teilnehmer des Forums „Zukunftsweisender Naturschutz mit Landwirtschaft, Wirtschaft und Kommunen“ waren Stefan Mörsdorf, Umweltminister des Saarlandes, Hilmar von Münchhausen, Agrarexperte des WWF, sowie Norbert Portz vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Mit der Entwicklung des ländlichen Raumes über die Landwirtschaft hinaus beschäftigten sich Dr. Klaus Lippold MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Willi Hefekäuser von der Deutschen Telekom AG, Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes und Anja Mücke-Hansen, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend. Alles Beispiel für eine zukunftsweisende Kommunalentwicklung präsentierte Bürgermeister Helmut Wagner die Gemeinde Sternenfels, die konsequent auf Wirtschaftsentwicklung unter Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien setzt.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer MdL fasste zum Schluss die Kernforderungen des Kongresses zusammen: Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, konsequente BSE-Bekämpfung, Standort- und Kostenentlastungsoffensive für die deutsche Landwirtschaft, wirksamer Umwelt- und Naturschutz in Kooperation mit Landwirtschaft und Kommunen sowie gleichwertige Entwicklung der ländlichen Räume.

4.4 Zukunftskonferenz in Berlin-Tempelhof

Um ihre Zukunftskompetenz zu unterstreichen, hat die CDU Deutschlands am 8. Juni 2001 in der Zeit von 10.00 bis 16.30 Uhr im Kongress- und Eventcenter Tempelhof Airport Berlin unter dem Titel „Morgen.DE! Deutschland weiter denken.“ ihre erste Zukunftskonferenz abgehalten.

In drei nacheinander stattfindenden Foren griff die Veranstaltung die Kernfragen der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Zukunftsgestaltung auf: Unter dem Titel „Wissenswelten“ befasste sich das erste Forum mit Problemstellungen der Wissensgesellschaft. Über das Für und Wider des technisch-wissenschaftlichen Fortschrittes tauschten sich u. a. Prof. Dr. Wolf Singer, Leiter des Max-Planck-Institutes für Hirnforschung in Frankfurt a. M. und Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, katholischer Ethiker aus Freiburg/Breisgau auf der Bühne aus. Das zweite Forum trug den Titel „Lebenswelten“ und kreiste um die Zukunft der Familie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Beschleunigung und gesteigener Mobilitätsanforderungen. Zu Gast auf dem Podium waren hier u. a. Prof. Dr. Karlheinz Geißler, Professor an der Universität der Bundeswehr in München und Gisela Erler, Familienforscherin, Publizistin und Unternehmerin.

Das dritte Forum „Politik machen“ stand im Zeichen neuer Formen der Politikvermittlung, insbesondere des E-Governments. Zu Gast waren hier u. a. der Ministerpräsident der Republik Estland, Mart Laar, und der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Oliver Wittke. Eingerahmt wurden die Expertenrunden von Statements junger Unionspolitiker. Den Abschluss bildete eine Grundsatzrede der Vorsitzenden Dr. Angela Merkel.

Zu der von dem bekannten Fernsehmoderator Johannes B. Kerner geleiteten Zukunftskonferenz kamen mehr als 1.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet. „Morgen.DE“ war darüber hinaus ein Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit mit Unternehmen (im Foyer der Halle präsentierten sich u. a. Lufthansa, Deutsche Telekom, Siemens, BMW und das Duale System mit ihren Ständen) und für die Kompetenz der CDU-Bundesgeschäftsstelle, neuartige und moderne Veranstaltungsformen durchzuführen und mediengerecht zu präsentieren.

4.5 Konferenz zur inneren Sicherheit in Hamburg

Unter dem Motto „Nur der Wechsel macht Hamburg sicher. Für einen besseren Schutz des Bürgers in der Großstadt.“ fand am 3. September 2001 im Curio-Haus in Hamburg eine gemeinsame Konferenz der CDU Deutschlands und der CDU Hamburg zu den Fragen der inneren Sicherheit statt. Gut 800 Teilnehmer hatten sich eingefunden, um die Reden von Dr. Angela Merkel („Innere Sicherheit braucht ein festes Wertefundament“), Ole von Beust („Nur der Wechsel macht Hamburg sicher“) und Jörg Schönbohm („Innere Sicherheit braucht den starken Rechtsstaat“) zu hören. Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bekämpfung der Kriminalität in der Großstadt“ unter Einbeziehung des Auditoriums statt, an der neben Jörg Schönbohm, Hagen Saberschinsky (Polizeipräsident in Berlin), Gerhard Vogler (Bundsvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund) sowie Dr. Christean Wagner (Staatsminister der Justiz des Landes Hessen) teilnahmen. Moderiert wurde die Diskussion vom neuen Hamburger Justizsenator Dr. Roger Kusch.

In allen Reden wurde betont, dass die innere Sicherheit von zentraler Bedeutung für das Lebensgefühl der Bürger in ihrer Stadt sei. Diebstahl, Raub, Einbruch und die zunehmenden Gewalttaten auf offener Straße seien eine Gefahr für die Lebensqualität und Freiheit des Bürgers und damit den inneren Frieden. Insbesondere in den Großstädten sei die Lage bedrohlich. Hamburg etwa sei mit 16.675 Fällen pro 100.000 Einwohnern die Kriminalitäts-Hauptstadt in Deutschland.

Gleich zu Beginn des Kongresses forderte Angela Merkel, dass in Hamburg die Welt wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden müsse. Mit unsinnigen Regeln und Regulierungen, mit denen man Freiheit und Kreativität beschneide, sei Rot-Grün sehr schnell bei der Hand. Bei der inneren Sicherheit jedoch, wo der Staat tatsächlich gefragt wäre, übt die Schröder-Regierung vornehme Zurückhaltung. Mehr noch: Mit der Bagatellisierung von Straftaten werde die Grenze zu schweren Verbrechen immer weiter hinausgeschoben, und die Sicherheit der Bürger bleibe auf der Strecke.

Angesichts der Besorgnis erregenden Zunahme jugendlicher Straftäter und der Kriminalität ausländischer Bürgerinnen und Bürger forderte die Parteivorsitzende dazu auf, sich unvoreingenommen mit den Gruppen in der Gesellschaft zu beschäftigen, die gewalttätig und kriminell seien oder auch nur als gefährdet gelten. Damit würde die Bekämpfung der Kriminalität durch Verbrechensvorbeugung ergänzt. „Und Prävention“ – so Angela Merkel – „bedeutet auch Stärkung der Familien, Erziehung der Kinder und Jugendarbeit. Wir brauchen für jeden Menschen in unserem Land einen Platz.“

Die Parteivorsitzende sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, das Nachzugsalter für ausländische Kinder zu senken, um sie auf diese Weise besser in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können. Die dringend notwendige Schaffung von Arbeitsplätzen, die Voraussetzung für erfolgreiche Eingliederung sei, werde leider nicht energisch genug vorangetrieben, weil Rot-Grün „lieber eine ruhige Kugel schiebt“, als die Hände dafür zu bewegen.

4.6 Regionalkonferenzen „Zuwanderung steuern. Integration fördern.“

Zwischen dem Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesausschuss vom 7. Juni 2001 „Zuwanderung steuern. Integration fördern.“ und dem Bundesausschuss in Berlin wurden insgesamt sechs Regionalkonferenzen zur eingehenden Diskussion des Antrags des Bundesvorstandes durchgeführt.

Unter der Leitung der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel, und dem Vorsitzenden der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“, Ministerpräsident Peter Müller MdL, fanden folgende Regionalkonferenzen statt:

- Für die Landesverbände Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 11. Mai 2001 in Hamburg,
- für die Landesverbände Hessen und Thüringen am 12. Mai 2001 in Frankfurt/Main,
- für den Landesverband Saarland am 16. Mai 2001 in Völklingen,
- für den Landesverband Nordrhein-Westfalen am 17. Mai 2001 in Düsseldorf,
- für die Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 19. Mai 2001 in Speyer und
- für die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern am 26. Mai in Berlin.

Die Regionalkonferenzen waren geprägt von der eingehenden Diskussion des Antrags des Bundesvorstandes. Im Vordergrund standen dabei der Aspekt der Zuwanderungsbegrenzung und die Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer. Es zeigte sich während der Regionalkonferenzen eine breite Zustimmung zu dem Antrag des Bundesvorstandes.

4.7 Regionalkonferenzen zur Vorbereitung des Dresdner Parteitages

Unter dem Motto „Freie Menschen. Starkes Land.“ Hat die CDU Deutschlands im Herbst 2001 zehn Regionalkonferenzen durchgeführt. Ziel der Veranstaltungsreihe war es eine breite innerparteiliche Diskussion über den Leitantrag zum Bundesparteitag zu initiieren und mit der Parteibasis in den direkten Dialog einzutreten.

Unter der Leitung der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel und CDU Generalsekretär Laurenz Meyer fanden folgende Regionalkonferenzen statt:

- Für den Landesverband Hessen am 17. Oktober 2001 in Kassel,
- für die Landesverbände Niedersachsen und Bremen am 22. Oktober 2001 in Walsrode,
- für den Landesverband Sachsen-Anhalt am 23. Oktober 2001 in Magdeburg,
- für den Landesverband Thüringen am 26. Oktober 2001 in Erfurt,
- für den Landesverband Sachsen am 27. Oktober 2001 in Coswig,
- für die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland am 9. November in Mainz,
- für die Landesverbände Schleswig-Holstein und Hamburg in Kiel,
- für die Landesverbände Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 17. November 2001 in Kremmen,
- für den Landesverband Nordrhein-Westfalen am 19. November 2001 in Recklinghausen,
- für den Landesverband Baden-Württemberg am 24. November in Karlsruhe.

Die rege Teilnahme der Parteibasis an diesen Veranstaltungen machte das Interesse der Partei an der programmatischen Neuorientierung deutlich. Zudem waren sowohl die Vorträge, als auch die Diskussionsbeiträge von Klarheit in der Sache und von der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner geprägt. Die Parteiführung erhielt von den Teilnehmern breite Unterstützung für ihren Kurs.

4.8 Festveranstaltung zum 50. Jahrestag des 1. Bundesparteitages in Goslar

Vom 20. – 22. Oktober 1950 fand der erste Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Goslar statt. Goslar war ganz bewusst als Tagungsort gewählt worden, weil es nur wenige Kilometer von der damaligen Zonengrenze entfernt lag. Auf diesem Parteitag wurde Bundeskanzler Konrad Adenauer zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt.

Am gleichen Ort und am gleichen Platz im Odeon-Theater fand am 20. Oktober 2000 eine Festveranstaltung statt. Unter den vielen Gästen waren auch eine Reihe von Parteimitgliedern, die bereits 1950 dabei gewesen waren. Der spätere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Bundesminister Gerhard Stoltenberg gehörte 1950 ebenso dazu und erinnerte in seiner Rede daran, dass den damaligen Parteitag programmatische Zukunftsaussagen bestimmt hätten, die in vielem die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgeprägt haben.

So habe es in der politischen Resolution des Parteitages vom 22. Oktober 1950 geheißen: „Die CDU bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere europäische Gemeinschaft hinein.“

Die Parteivorsitzende Angela Merkel griff das Wort von Konrad Adenauer auf: „Wir wählen die Freiheit“ und führte in ihrer Rede aus: „Freiheit als kostbares Gut des Menschen: das war mit der erschütternden Erfahrung der Diktatur des Nationalismus keine theoretische Angelegenheit, sondern eine tiefe Einsicht. Die CDU hat diese Einsicht immer verteidigt im Kopf und mit dem Herzen.“

4.9 Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit

Unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“ hatte die CDU am 1. Oktober 2000 zu einem Festakt aus Anlass 10 Jahre eine CDU für ein Deutschland in das Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin, geladen.

Vor gut 1000 Teilnehmern betonte Altbundeskanzler Helmut Kohl in einer eindrucksvollen Rede, die Union habe nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Als sich vor 10 Jahren die CDU bei ihrem Parteitag in Hamburg mit den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Ost-Berlin vereinigte, seien viele Freunde hinzugekommen, die sich nicht einer vorgegebenen Parteilinie der SED angepasst hatten. Dass heute mit Angela Merkel eine Frau an der Spitze der CDU stehe, die vor 10 Jahren zur Union gestoßen sei, beweise doch nur einmal mehr: Die Union ist die Partei der Deutschen Einheit.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel stellte in ihrer Rede heraus:

„Unsere Aufgabe ist klar: Das Erbe bewahren – der Zukunft zugewandt“.

4.10 Kundgebung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus

Unter der Überschrift „Erinnern heißt Freiheit verteidigen“ führte die CDU am Sonntag, 12. August 2001, auf der Friedrichstraße vor dem ehemaligen Grenzübergangspunkt Checkpoint Charlie eine Großkundgebung gemeinsam mit der CSU durch. Die Parteivorsitzende Angela Merkel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Wahl zum Abgeordnetenhaus Frank Steffel und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen erinnerten an den Mauerbau vor 40 Jahren.

Vor ungefähr 4.000 Teilnehmern forderte Angela Merkel in ihrer Eröffnungsrede die Bürgerinnen und Bürger auf, sich jederzeit vor Augen zu führen, dass Berlin immer ein Symbol für den deutschen Freiheitswillen gewesen sei und auch in Zukunft immer sein müsse. Es dürfe nie wieder passieren, dass Deutschland geteilt werde: „Die Kommunisten haben mitten ins Fleisch dieser Stadt geschnitten und haben sie geteilt“. Deshalb dürfe mit der PDS als Nachfolgerin der SED keine gemeinsame Sache gemacht werden.

4.11 Sommertour der Parteivorsitzenden

„Machen wir mehr aus unserem Land – Soziale Marktwirtschaft morgen“ unter diesem Motto startete die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, am 17. August 2001 ihre diesjährige Sommertour durch Deutschland.

In High-Tech-Unternehmen, mittelständischen Betrieben, sozialen Einrichtungen, Forschungseinrichtungen sowie Firmen mit besonderem sozialen Engagement hat die CDU-Vorsitzende über die Notwendigkeiten einer „Sozialen Marktwirtschaft für morgen“ gesprochen. Tag für Tag und an jeder Station kam sie mit den Bürgern ins Gespräch – in Betrieben, Institutionen und Städten sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern. „Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Ausrichtung auf die Zukunft ist eine gesamtdeutsche Herausforderung. Sie betrifft ganz Deutschland, Ost und West, Süd und Nord in gleichem Maße“, so lautete die Botschaft.

Aus diesem Grund reiste die CDU-Vorsitzende vom 17. bis zum 25. August 2001 durch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Hessen, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

Wie bereits im vergangenen Jahr wurde auch diesmal ein Bus eingesetzt, der es Journalisten ermöglichte, Frau Dr. Merkel auf dieser Tour zu begleiten. Somit konnte eine breite Berichterstattung über die Sommertour der Vorsitzenden und die wirtschaftspolitischen Ziele der CDU sichergestellt werden. Mehrere tausend Zuhörer fanden sich auf den von der Bundesgeschäftsstelle organisierten Sommerfesten ein, die jeweils abends an jedem Tag der Tour stattfanden. So konnte zum einen die Nähe der CDU zu den Bürgern demonstriert werden, zum anderen wirkten sich diese Veranstaltungen bindend und motivierend auf die Mitgliedschaft aus. Die Sommertour war Teil des Kommunikationskonzeptes der neuen Sozialen Marktwirtschaft und ein wichtiger Bestandteil zur Rückgewinnung der Wirtschaftskompetenz für die CDU. Darüber hinaus war sie Ausdruck des bürgerorientierten Politikstils der Parteiführung. Beides konnte erfolgreich kommuniziert werden.

4.12 Wissenschaftsgipfel

Am 16. Oktober 2000 diskutierten die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, ihre Stellvertreterin Dr. Annette Schavan und das CDU-Präsidiumsmitglied Prof. Dagmar Schipanski mit Spitzenvertretern der deutschen Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen über die Zukunft der Wissenschaftslandschaft in Deutschland.

Grundlage für das Gespräch war das von Frau Dr. Schavan und Frau Prof. Dr. Schipanski vorgestellte „Leitbild Wissenschaft 2010“, in dem Perspektiven für die deutschen Hochschulen aufgezeigt werden. Das Papier wurde diskutiert und im Anschluss an den Wissenschaftsgipfel um die Anregungen der Vertreter der Wissenschaft ergänzt.

An dem Gespräch nahmen teil:

Prof. Dr. Manfred Erhardt (Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft), Prof. r. Dr. h.c. Peter Frankenberg (Rektor der Universität Mannheim), Prof. Dr. med. Detlev Ganten Vorsitzender der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren), Prof. Dr. h.c. Dipl.-Ing. Dietmar von Hoyningen-Huene (Rektor der Fachhochschule Mannheim), Prof. r. phil. Klaus Landfried (Präsident der Hochschulrektorenkonferenz), Prof. rer.nat.habil. Achim ehlhorn (Rektor der Technischen Universität Dresden), Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch (Rektor der Fachhochschule Bremen), Prof. Dr. Heribert Offermanns (Bundesfachausschuss Forschung und Innovation der CDU Deutschlands), Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier (Präsident des Deutschen Hochschulverbandes), Prof. Dr. Erich Thies (Generalsekretär der Kultusministerkonferenz), Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker (Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft), Prof. Dr. Winter (Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Berufsakademien Baden-Württemberg).

4.13 Filmempfänge 2000 / 2001

Die Filmempfänge der CDU – jeweils anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises – sind eine wichtige Brücke in die Filmszene. Am 16. Juni 2000 spricht die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel mit 150 Spitzenrepräsentanten der deutschen Filmwirtschaft im Institut für zeitgenössische Kunst und Theorie – Kunst-Werke Berlin. Bei der Eröffnung betont sie, dass der Kinofilm im Zeitalter von Fernsehen und Internet nahezu ein Refugium für gemeinsame Kommunikationserlebnisse bietet. Da der deutsche Film nicht nur Kulturgut, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor sei, der den Menschen konkrete Chancen biete, setzt sich die CDU weiter für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in dieser Branche ein. Die Forderung der Union, dass eine funktions- und wettbewerbsfähige Filmwirtschaft auch unabhängige, möglichst kapitalkräftige Produzenten bedinge, unterstreicht beim Filmempfang 2000 Bernd Neumann, der stellvertretende Vorsitzende des BfA Medienpolitik und Filmexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Am 22. Juni 2001 begrüßt die CDU-Vorsitzende die 200 Gästen aus Film und Fernsehen sowie als Gastredner den renommierten Regisseur und „Oscar“-Preisträger Volker Schlöndorff im „Theodor Tuchler“ in Berlin. Angela Merkel fordert hier, die Identität des deutschen Films ungeachtet des harten Wettbewerbs mit Hollywood „ganz bewusst“ herauszuarbeiten und nennt als Ziel das Halten und Ausbauen des Marktanteils der deutsche Filme von 10 – 20 Prozent in deutschen Kinos.

Bernd Neumann mahnt die Reform der Filmförderungsmaßnahmen in Deutschland an, die durch den Ruf nach mehr Zentralismus nicht gefährdet werden dürfe. Die Politik müsse für vernünftige Rahmenbedingungen stehen und im Hinblick auf die Vereinbarungen im Bündnis für den Film habe die Bundesregierung ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt.

4.14 Fest der Kulturen

Am 7. Juni 2001 fand von 18:00 bis ca. 23:00 Uhr im Großen Foyer und in den anschließenden Tagungsräumen der CDU-Bundesgeschäftsstelle das Fest der Kulturen statt. Das Fest war bewusst auf diesen Abend gelegt worden, weil der Bundesausschuss zuvor an diesem Tag auf dem sog. Kleinen Parteitag in Berlin-Köpenick das CDU-Konzept zum Thema „Zuwanderung und Integration“ verabschiedete. Die Bundesausschuss-Mitglieder konnten von Köpenick auf dem Schiff über Spree und Landwehrkanal direkt zur Bundesgeschäftsstelle fahren, wo sie mit Musik empfangen wurden.

Künstler und Gruppen aus Schweden, Indien, Frankreich, Usbekistan, Slowenien, Türkei, Finnland und Brasilien unterhielten mit Musik, Tanz und Folklore die ca. 500 Gäste. Daneben gab es ein großes kulinarisches Angebot aus den verschiedensten Ländern. Benachbarte Botschaften hatten dazu beigetragen. Andere Länder hatten attraktiv gestaltete Stände mit Reiselektüre aufgebaut.

4.15 InternetNight

Die erste InternetNight der CDU Deutschlands fand am 15. Mai 2001 in der Bundesgeschäftsstelle statt. Über 600 Gäste aus der Politik, der Wirtschaft und den Kommunen diskutierten mit Experten über die Einsatzmöglichkeiten des weltweiten Datennetzes. Die Einführungsreden hielten die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel und der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Dr. Heinrich von Pierer.

In fünf parallel stattfindenden Workshops diskutierten Gäste und Experten zu den Themen

- Sicherheit im Netz
- Mittelstand – neue Chancen im Netz
- E-Democracy
- E-Government
- Politische Kampagnen im Internet.

Zu den Experten gehörten u.a. die CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Krogmann (Internetsprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Sylvia Bonitz und Matthias Wissmann, Ole von Beust, Prof. Thomas Heilmann, Prof. Dieter Otten, (Internet-Wahl-Forscher der Universität Osnabrück), Hansjürgen Garstka (Berliner Datenschutzbeauftragter), Franz-Reinhard Habel (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Andy Müller-Maguhn (Mitglied des Vorstands der „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers –ICANN“).

4.16 Kundgebung zum Tag der Deutschen Einheit

Aus Anlass des 11. Jahrestages der Deutschen Einheit führte die CDU am 2. Oktober 2001 auf dem Wittenbergplatz in Berlin eine Großkundgebung durch. Vor rund 3.000 Teilnehmern sprachen die Parteivorsitzende Angela Merkel, Altbundeskanzler Helmut Kohl, der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Wahl zum Abgeordnetenhaus Frank Steffel und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen. Die Parteivorsitzende dankte all denen, die zum großen Erfolg der Einheit entscheidend beigetragen haben: Vor allen anderen Helmut Kohl und dem damaligen amerikanischen Präsidenten George Bush.

Altbundeskanzler Helmut Kohl erklärte auch im Blick auf die Abgeordnetenhauswahl in Berlin: „Berlin muss zeigen, dass sich die Deutschen aufgemacht haben, Werke des Friedens zu tun und den damaligen Feinden der Freiheit eine Regierungsbeteiligung unmöglich machen.“

4.17 Fachtagung zur Außen- und Sicherheitspolitik

Am 12. November 2001 führte der Bundesfachausschuss eine Fachtagung zu den transatlantische Beziehungen unter der Leitung von Dr. Friedbert Pflüger im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin durch: „USA-Deutschland: Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“. Referenten waren: Dr. Angela Merkel MdB, Volker Rühle MdB, der US-Experte für biologische Waffen Michael Moodie, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Christoph Berttram, der Innenminister des Landes Brandenburg Jörg Schönbohm MdL. Unter der Moderation von Karl Feldmeyer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diskutierten anschließend der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers MdB, die stv. EVP-Vorsitzende und ehemalige bulgarische Außenministerin Nadezhda Mihailova, Dr. Jeffry Gedmin vom American Enterprise Institute, der Leiter des Berliner Büros der Römisch-Katholischen Kirche Dr. Karl Jüsten, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland Dr. Nadim Elyas und Jörg Schönbohm über die Bedeutung des 11. September 2001.

4.18 Berliner Gespräche

Als 5. Veranstaltung in der Reihe der Berliner Gespräche der CDU Deutschlands fand am 31. August 2000 anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Einigungsvertrages eine Diskussionsveranstaltung im Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin statt. Vor dem Hintergrund der Frage „Deutschland, wie wir es uns wünschen?“ diskutierten: Freya Klier (Bürgerrechtlerin, Regisseurin und Autorin), Thomas Brussig (Autor der Romane „Helden wie wir“ und „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“), Prof. Richard Schröder (erster Vizepräsident der Humboldt-Universität in Berlin und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD der ersten frei gewählten Volkskammer) und Dr. Wolfgang Schäuble, der gemeinsam mit Günter Krause den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands unterzeichnete.

Einleitung: Vorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel

4.19 Aktionen

Familien-Aktion

Der CDU-Bundesausschuss hat im Dezember das neue familienpolitische Programm „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung“ beschlossen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zu diesem Themenkomplex im Berichtszeitraum eine Reihe von Initiativen für die Basisverbände angeregt und Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt, wie z.B. den Beschluss und das Faltblatt „Vorrang für Familien – Freiräume für das Leben“.

Unter dem Titel „Die CDU ist die Partei von Ehe und Familie“ liegt ein Leitfaden vor, der sowohl Aktionsvorschläge wie auch Anregungen gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften enthält. Zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften ist zudem eine Postkarte „Toleranz Ja. Ehe Nein.“ erschienen.

Ökosteuerkampagne

Der CDU-Bundesausschuss hat im Dezember das neue familienpolitische Programm „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung“ beschlossen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zu diesem Themenkomplex im Berichtszeitraum eine Reihe von Initiativen für die Basisverbände angeregt und Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt, wie z.B. den Beschluss und das Faltblatt „Vorrang für Familien – Freiräume für das Leben“.

Unter dem Titel „Die CDU ist die Partei von Ehe und Familie“ liegt ein Leitfaden vor, der sowohl Aktionsvorschläge wie auch Anregungen gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften enthält. Zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften ist zudem eine Postkarte „Toleranz Ja. Ehe Nein.“ erschienen.

Rentenkampagne

Die CDU hat im Berichtszeitraum ihre Aktionen gegen die „Schröder-Rente“ fortgesetzt. Dabei liegen die argumentativen Schwerpunkte auf der Lastengerechtigkeit zwischen jung und alt und der Benachteiligung von Frauen in neuen Rentengesetz.

Die Aktionen sind durch eine Reihe von Materialien unterstützt worden. Dazu gehören Faltblätter, u.a. „Der Renten-Check“, eine Postkarte „Schröder-Rente“: schlechte Karten für Deutschlands Frauen“, Wandzeitung und Plakatmotive sowie eine Renten-Hotline der Bundespartei.

Aktion Ehrenamt

Bürgersinn und persönliches Engagement für die Gemeinschaft sind unverzichtbare Elemente unseres Staatswesens. In unserer modernen Industrie- und Informationsgesellschaft trägt der solidarische Einsatz von Ehrenamtlichen und Freiwilligen in den Kirchen, In Verbänden, Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen wesentlich dazu bei, dass unsere Gesellschaft ein menschliches Gesicht bewahrt. Für die CDU ist es selbstverständlich, die ehrenamtlich und freiwillig Tätigen zu fördern und zu unterstützen, denn Freiheit und Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität, die im freiwilligen Engagement für die Gesellschaft zum Ausdruck kommen, sind ein ganz wesentliches Grundverständnis der Union.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen. Aus diesem Anlass hat die CDU im November 2000 eine Kampagne gestartet unter dem Motto „Bürger machen Staat“, um ein Zeichen zu setzen für bürgerschaftliches Engagement. Die Kampagne besteht aus drei Elementen:

- Die CDU hat politische Initiativen zur Förderung des Ehrenamts und für ein neues Verhältnis von Bürger und Staat auf den Weg gebracht.
- Sie hat eine Werbe-Aktion für freiwilliges Engagement gestartet.
- Sie hat insbesondere einen „CDU-Bürger-Preis“ für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ausgelobt.

An der Kampagne haben sich die Gliederungen und Vereinigungen der CDU bundesweit auf allen Ebenen intensiv beteiligt.

Der Bürgerpreis

Den CDU-Bürgerpreis gibt es auf Landes- und Bundesebene in folgenden **Kategorien**:

- „**Vor Ort**“ für lokale Initiativen
- „**Im Netzwerk**“ für Projekte, die Infrastrukturen für freiwilliges Engagement schaffen
- „**International**“ für grenzüberschreitende Projekte
- Außerdem gibt es einen **Sonderpreis** namens „**CDU-E-Community-Preis**“ für neue Formen der Bürgerbeteiligung und Politikvermittlung im Internet.

Mittlerweile haben die Landesverbände die Landessieger gekürt, aus denen eine Bundesjury unter Leitung der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel nunmehr die Bundessieger wählen wird. Diesen wird die CDU insbesondere im Rahmen von Projekt-Patenschaften mit Know-How und Kontakten bei der Weiterentwicklung ihrer Initiative helfen.

„Hut ab vor Ihrem Mut“

Darüber hinaus hat Generalsekretär Laurenz Meyer die Aktion **„Hut ab vor Ihrem Mut“** ins Leben gerufen, um Menschen auszuzeichnen, die in schwierigen Situationen Zivilcourage gezeigt haben – sei es, weil sie Menschen geholfen haben, die wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft angegriffen wurden, oder weil sie Kindern, Behinderten, älteren Menschen und auch erwachsenen Männern und Frauen in Notsituationen beigesprungen sind. Auch an dieser Kampagne hat sich die CDU bundesweit intensiv beteiligt. Zahlreiche Vorschläge zur Ehrung couragierter Menschen sind in der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Laufe des Jahres eingegangen. Alle werden für ihren vorbildlichen Einsatz ausgezeichnet werden.

Aktionen zur Gesundheitspolitik

Die CDU hat seit April letzten Jahres ihre Aktionen gegen die rot-grüne Gesundheitspolitik fortgesetzt. Nach wie vor drückt sich Rot-Grün vor einer umfassenden Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Stattdessen flüchtet sich die Regierung in weitere Notoperationen am System, ohne Erfolg. Die Leidtragenden bleiben die Patienten und Beitragszahler.

Die CDU hat dazu eine Reihe von Materialien vorgelegt, u.a. die Broschüre „Auf dem Weg in die Notversorgung“ und als Verteilmaterial die „Medikamentenschachtel“.

Aufklärungskampagne zur Politik der PDS

Vor dem Hintergrund des Berlin-Wahlkampfes hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle im August des Jahres 2001 eine neue, optisch attraktiv aufgemachte und als Verteilmittel geeignete Dokumentationsbroschüre mit dem Titel „Die PDS – Fakten und Hintergründe. Was sie will. Was sie macht. Wer sie lenkt.“ herausgegeben. Die Broschüre, die unter der Bestellnummer 5764 bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle erhältlich ist, stellt mit einer Vielzahl übersichtlich aufbereiteter Fakten das Versagen der PDS in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik offensiv dar. Darüber hinaus wird das problematische Demokratieverständnis der PDS belegt und deutlich gemacht, dass die PDS keine „normale Partei“ ist. Abschließend wird die Verstrickung auch der aktuellen Führungsriege der PDS ins SED-System anhand von biographischen Daten noch einmal ausführlich belegt.

Die Broschüre sucht sowohl die politisch-ergebnisorientierte wie auch die ideologische Auseinandersetzung mit der PDS und erfüllt damit die Erfordernisse von Wahlkämpfen in Ost- wie in Westdeutschland.

5. Medien

5.1 Union Magazin

Das Mitgliedermagazin „Union“ der CDU Deutschlands wurde durch Beschluss des Bundesvorstandes zum 31. Dezember 2000 aus Haushaltsgründen eingestellt. Damit wurde der Vorgabe des Sanierungsplan für die Parteifinanzen Folge geleistet.

5.2 Union in Deutschland

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr. Er enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschlusslage der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch über die europapolitischen Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Regelmäßig weist der UiD auf Veranstaltungen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung hin.

Der UiD enthält in fast jeder Ausgabe eine Dokumentation u.a mit wichtigen Beschlüssen der Partei, Gesetzentwürfen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wichtigen Reden im Wortlaut. Zudem stellt er die aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor und gibt den Parteigliederungen Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit. Zweimal im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien.

Für die Landesverbände besteht die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum der Landesverband Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht hat. Seit September 2000 erscheint die Beilage „Union in Europa“, in der die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament alle 14 Tage über ihre Arbeit unterrichten.

Den UiD gibt es auch online im CDUnet unter: mitglied.cdu.de

5.3 Elektronische Medien

Die Veröffentlichungen unter www.cdu.de haben sich als fester Bestandteil in der Parteikommunikation der CDU Deutschlands etabliert. Die Seiten werden mehrmals täglich aktualisiert und dienen vielen Bürgerinnen und Bürgern, Parteimitgliedern und Journalisten als Informationsquelle.

Bei zahlreichen Vergleichen der Parteien-Websites und Tests durch Journalisten belegt das Angebot der CDU regelmäßig einen der ersten Plätze. Vor wenigen Monaten noch sind die CDU-Seiten bei einem Test zum Sieger gekürt worden, den die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben hatte.

Auch die Bürgerinnen und Bürger zeigen sich mit dem Angebot weitgehend zufrieden. Die Zugriffe haben sich mittlerweile bei etwa 1 Million Seitenabrufe pro Monat stabilisiert. Das

CDU-Angebot zieht demnach deutlich mehr Besucher an als die Seiten der politischen Konkurrenz.

Als eine besondere Aktion im Internet haben die Parteivorsitzende und der Internet-Sprecher die Initiative „Netz gegen Gewalt“ ins Leben gerufen. Unter www.netzgegengewalt.de finden Internet-Nutzer diese Initiative mit drei Aktionsangeboten, wie „Operation Verfassungsschutz“, „Plattform Selbstkontrolle“ sowie „Projekt Gatekeeper“.

CDUnet – Das Mitgliedernetz

Zusätzlich zum öffentlichen Angebot werden im internen Mitgliedernetz weitergehende Informationen bereitgehalten. Mittlerweile sind das Infonet für Funktions- und Mandatsträger und das CDUnet für Mitglieder zu einem Netz zusammengeführt worden. In diesem Netz finden sich interne Informationen für Mitglieder, organisatorische Hinweise für Kreisgeschäftsstellen und Vorlagen und Argumentationshilfen für Vorstände und Abgeordnete. Durch eine Anbindung an die ZMD erkennt das System, zu welchen Bereichen das angemeldete Mitglied Zugang erhält und zu welchen nicht. Ein Delegierter des Bundesparteitages kann z.B. auf andere Seiten zugreifen als ein normales Mitglied. Der Internet-Beauftragte kann andere Texte downloaden als ein Schatzmeister.

Kandinet – Das Netz für Bundestagskandidaten

Schon im Wahlkampf 1998 wurden spezielle Internet-Seiten mit Informationen für Bundestagskandidaten angeboten, die intensiv genutzt wurden. Bereits seit August 2001 steht das Kandinet für die Kampagne 2002 den Bundestagskandidaten wieder zur Verfügung, wobei das Angebot im Vergleich zur vergangenen Bundestagswahl noch ausgebaut wird.

Über das Kandinet erhalten die nominierten Kandidaten Tipps und Tricks zur Planung ihres Wahlkampfes vor Ort; Hilfestellung für eigene Plakate, Prospekte und Homepages und, in der heißen Phase des Wahlkampfes, Musterreden, Flugblätter und tagesaktuell Informationen zu wichtigen Wahlkampfthemen. Gleichzeitig wird hier ein Forum angeboten, in dem sich die Kandidaten und ihre Mitarbeiter über erfolgreiche Aktionen austauschen können. Neben den Kandidaten haben auch alle Landes- und Kreisgeschäftsführer Zugang zum Kandinet.

Wahlkampf 2002 im Internet

Neben dem Kandinet wird das Internet im Wahlkampf 2002 auch als offensives Medium eine entscheidende Rolle spielen. Als ein erstes Element wurde zum SPD-Parteitag die Internetseite „wahlfakten.de“ eingeführt. Schon wenige Minuten nach dem Ende der Rede Gerhard Schröders auf dem SPD-Parteitag konnten Medien und Öffentlichkeit die Fakten zu seinen Behauptungen nachlesen.

5.4 Pressearbeit

Die Arbeit der Pressestelle im Berichtszeitraum war geprägt von der inhaltlichen Erneuerung der CDU, die auch nach dem Essener Parteitag konsequent fortgeführt wurde. Damit verbunden war die Berichterstattung über die Aktivitäten der verschiedenen vom Präsidium eingesetzten Parteikommissionen. Alle öffentlichen Veranstaltungen der CDU Deutschlands wurden von der Pressestelle betreut, dazu gehörten die Kleinen Parteitage in Stuttgart und Berlin, die Regional-Konferenzen sowie eine Vielzahl von Kongressen und weiteren Veranstaltungen. Hierbei ist

besonders das positive Echo auf die Zukunftskonferenz auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof hervorzuheben.

Die CDU-Pressestelle betreute ferner die Journalistendelegationen auf den Sommertouren 2000 und 2001 sowie den drei größeren Auslandsreisen der Parteivorsitzenden.

Darüber hinaus war die Pressestelle verantwortlich für eine hohe Anzahl von Pressekonferenzen, Hintergrundgesprächen und Pressemitteilungen sowie für die Bearbeitung zahlloser Anfragen von Seiten der Medien.

Fortgeführt wurde die Erstellung der werktäglich erscheinenden Presseschau, die umfassend das Bild der Printmedien wiedergibt. Seit Herbst 2000 erfolgt die Erstellung der Presseschau auf elektronischem Weg. Auch die Darstellung des politischen Geschehens in den TV-Medien wird erfasst und ausgewertet.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2002 und dem Ziel einer optimalen Koordination fand im September 2001 unter der Leitung der Pressestellen von Partei und Fraktion eine zweitägige Tagung aller Sprecher der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der Vereinigungen statt.

6. Bundesgeschäftsstelle

6.1 Das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin

Das Konrad-Adenauer-Haus wurde nach einer Bauzeit von 24 Monaten im April 2000 fertig gestellt und dem Hausverein der CDU Deutschlands am 01. Mai 2000 übergeben. Am letzten Juni-Wochenende 2000 hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle das Konrad-Adenauer-Haus bezogen. Der Umzug von Bonn nach Berlin verlief reibungslos, so dass am 03. Juli 2000 die Bundesgeschäftsstelle in Berlin ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Das Konrad-Adenauer-Haus, das sich im Tiergarten-Dreieck befindet, wo sich auch zahlreiche Botschaften und Verbände nahe dem Regierungsviertel niedergelassen haben, ist ein sechsgeschossiges Bürohaus, dessen Außenfassade aus einer Kombination aus Naturstein und Glas besteht. Der markante Neubau mit seiner einzigartigen Wintergartenfassade hat dazu beigetragen, dass die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin ein neues „Gesicht“ erhalten hat. Der großzügige und repräsentative Eingangsbereich wird sehr häufig für Pressekonferenzen und Veranstaltungen genutzt.

6.2 Struktur und Personalbestand der Bundesgeschäftsstelle

Der Personalbestand der Bundesgeschäftsstelle hat sich im Gegensatz zu Bonn erheblich reduziert. Während in Bonn durchschnittlich 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt waren, beschäftigt die Bundesgeschäftsstelle in Berlin zurzeit 117 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Umzugsbedingt mussten 50 Stellen in Berlin neu besetzt werden. Hierdurch ergab sich die Chance, eine neue Struktur mit flachen Hierarchien zu bilden. An das Büro der Vorsitzenden und des Generalsekretärs sind unmittelbar die Pressestelle, die Stabsstelle Wahlkampf und das Büro für Auswärtige Beziehungen angegliedert. Dem Bundesgeschäftsführer nachgeordnet sind die vier großen Arbeitsbereiche des Konrad-Adenauer-Hauses: Internes Management, Politische Programme und Analysen, Marketing und Interne Kommunikation, Eventmanagement und Logistik.

6.3 Finanzsituation der Bundespartei

Zu Beginn des Jahres 2000 war die finanzielle Situation der Bundespartei außerordentlich kritisch war. So zeigte der Rechenschaftsbericht 1999 eine Überschuldung aufgrund eines strukturellen Defizits der Bundespartei in Höhe von 34,6 Mio. DM. Daraufhin hat der Essener Parteitag ein Konzept zur finanziellen Sanierung der Bundespartei beschlossen. Dieses Programm umfasst drastische Einsparungen in der Bundesgeschäftsstelle, die Reduktion des Etats für die Bundestagswahl und die Abführung eines Sonderbeitrages durch die Kreisverbände. Das Programm hat eine Laufzeit von 5 Jahren und soll das finanzielle Gleichgewicht der Bundespartei wieder herstellen.

Nahezu alle Kreisverbände haben diesen Sonderbeitrag pflichtgemäß abgeführt, obwohl dies aufgrund der schwierigen finanziellen Situation vor Ort sicher nicht einfach war.

Durch die konsequente Durchführung der ersten Schritte des Sanierungsplans sind die Vorgaben für den Etat des Jahres 2000 eingehalten und sogar um ca. 10 Mio. DM übertroffen worden. Zusätzliche Kosteneinsparungen, aber auch höhere staatliche Zuschüsse als geplant, haben dazu verholfen. Die Überschuldung konnte insgesamt von 34,6 Mio. DM auf einen Restschuldenstand per 31. Dezember 2000 von 10,6 Mio. DM abgebaut werden. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2000 mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen, wurde in der Zwischenzeit fristgemäß an den Bundestagspräsidenten weitergeleitet.

Für das Rechnungsjahr 2001 gehen wir zumindest von der Erreichung des Etatüberschusses aus dem Sanierungsplan aus, so dass Ende des Jahres wieder mit einem kleinen Reinvermögen zu rechnen ist.

Zum Jahresende 2002 muss die Bundespartei - trotz der Begrenzung des Etats für den Bundestagswahlkampf auf 40 Mio. DM - wieder mit einer deutlichen Überschuldung in einer Größenordnung von 10 - 20 Mio. DM rechnen.

Diese Überschuldung kann dann erst wieder bis Ende 2003 abgebaut werden. Für 2004 ist wieder mit den erhöhten Ausgaben anlässlich des Europawahlkampfes zu rechnen, der Sanierungsplan sieht einen ausgeglichenen Etat vor.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Frage der vom Bundestagspräsidenten verhängten Sanktion von 41 Mio. DM wegen der Nichtangabe von Vermögen des Landesverbandes Hessen noch offen ist. Im Rechtsstreit über die Rückzahlung dieser Mittel hat die CDU in der ersten Instanz in vollem Umfang obsiegt. Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin hat der Bundestagspräsident Berufung eingelegt, die das Oberverwaltungsgericht Mitte November zugelassen hat. Da man von einer Ausschöpfung des gesamten Rechtsweges ausgehen muss, ist mit einem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens voraussichtlich nicht vor 2004 zu rechnen. Sollte die CDU zu einer Rückzahlung der 41 Mio. DM verurteilt werden, verschlechtern sich die oben angegebenen Zahlen entsprechend. Denn Mittel für eine Rückzahlung stehen in der Bilanz nicht zur Verfügung, mit Ausnahme des Darlehens des Landesverbandes Hessen in Höhe von 15 Mio. DM, welches zurzeit auf einem Festgeldkonto liegt. Dieser Betrag plus Zinsen könnte für einen Teil der möglichen Rückzahlungsverpflichtung eingesetzt werden.

6.4 Besuchergruppen

Im Zeitraum von August 2000 bis Dezember 2001 haben insgesamt 345 Gruppen mit 16.535 Personen die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus besucht.

Der größte Anteil der Besuchergruppen wird nach wie vor über die Büros der Abgeordneten des Deutschen Bundestages organisiert und vom Presse- und Informationsamt abgewickelt.

Darüber hinaus ist durch die Teilnahme der Bundesgeschäftsstelle an Veranstaltungs- und Publikationsreihen, wie das vom Senat Berlin ins Leben gerufene Projekt „Schaustelle Berlin“, dem von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung finanzierten Wegweiser für politische Bildungsarbeit „Orte der Demokratie in Berlin“, oder dem von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin initiierten Projekt „Meet the Government“ ein kontinuierlicher Zuwachs von interessierten Berliner Bürgern, aber auch von Besuchern aus dem In- und Ausland zu verzeichnen. Im Jahre 2001 besuchten uns im Rahmen der Schaustelle Berlin 11 Gruppen mit 435 Berliner Bürgern. Durch die neuerliche Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, Inter-Nationes e.V., Berlin wurde auch der intensive Dialog zwischen den Fachreferenten aus der Parteizentrale und Wissenschaftlern und Politikern aus dem Ausland erfolgreich aufgenommen.

Nicht zuletzt besuchten uns dieses Jahr 186 Architekten aus dem Ausland (England, USA, Bulgarien), die an der außergewöhnlichen Architektur des Konrad-Adenauer-Hauses interessiert waren.

Das Konzept des Besucher-Service

Der erste Teil der Führung umfasst die Erläuterung der Architektur des Konrad-Adenauer-Hauses und den Rundgang durch den Wintergarten. Der zweite Teil des Besucher-Programmes ist der Struktur- und Funktionsweise der Bundesgeschäftsstelle und der CDU gewidmet. Selbstverständlich stehen wir den Besuchern auch für Fragen der Politik zur Verfügung.

7. Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur

Am 31. Oktober 2001 hatte die CDU Deutschlands 608.560 Mitglieder.

7.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Stand 31. Dezember 1999	Stand 31. Dezember 2000	Stand 31. Oktober 2001
Baden-Württemberg	84.405	81.782	81.318
Berlin	14.902	15.269	15.333
Brandenburg	7.801	7.609	7.533
Bremen	3.764	3.517	3.426
Hamburg	10.664	10.360	9.910
Hessen	56.746	55.184	54.392
Mecklenburg-Vorpommern	8.499	7.959	7.792
Braunschweig	8.069	7.877	7.849
Hannover	62.114	60.117	61.299
Oldenburg	15.163	15.086	15.088
Nordrhein-Westfalen	204.256	196.794	192.487
Rheinland-Pfalz	61.472	59.275	58.316
Saarland	22.476	22.114	21.950
Sachsen	17.767	16.630	16.332
Sachsen-Anhalt	11.445	10.600	10.294
Schleswig-Holstein	32.802	31.599	30.904
Thüringen	15.612	14.832	14.210
Auslandsverband	99	118	127
Gesamt	638.056	616.722	608.560

7.2 Dauer der Mitgliedschaft

Mitglieder	Stand: 31. Dezember 2000 in Prozent	Stand: 30. Oktober 2001 in Prozent
unter 10 Jahre	30,2	29,9
10 - 20 Jahre	24,1	23,2
über 20 Jahre	45,7	46,9

7.3 Struktur der Mitgliedschaft

Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,2 Prozent der Mitglieder (= 153.476) weiblich und 74,8 Prozent (= 455.084) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,7 und in den neuen Ländern bei 30,6 Prozent.

Alter

Alter	gesamt in Prozent	alte Länder in Prozent	neue Länder in Prozent
16 - 24 Jahre	2,3	2,3	2,1
25 - 29 Jahre	2,9	2,9	2,7
30 - 39 Jahre	11,0	10,8	13,0
40 - 49 Jahre	16,5	15,7	24,5
50 - 59 Jahre	22,7	22,5	25,2
60 - 69 Jahre	25,0	25,6	18,7
ab 70 Jahre	19,2	19,8	13,4
ohne Angaben	0,4	0,4	0,4

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 55 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 56,2 und das der männlichen bei 54,5 Jahren.

Beruf

Berufsgruppe	gesamt in Prozent	alte Länder in Prozent	neue Länder in Prozent
Selbständige	21,2	21,9	14,8
Arbeiter	8,0	7,0	18,2
Angestellte	27,5	26,9	33,2
Beamte	10,9	11,7	3,7
Rentner/Pensionäre	6,3	5,7	11,8
Hausfrauen/-männer	9,2	9,9	2,4
in Ausbildung	5,0	5,2	3,0
ohne Angaben	11,9	11,8	12,7

7.4 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in

- 17 Landesverbände
- 27 Bezirksverbände
- 360 Kreisverbände und
- 11.704 Ortsverbände.

8. Politischer Arbeitskalender

27. April 2000	Anhörung der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“ mit anschließender Präsidiumssitzung
2. Mai 2000	Schlüsselübergabe CDU-Bundesgeschäftsstelle Berlin
8. Mai 2000	Präsidium und Bundesvorstand
8. Mai 2000	Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“
8. Mai 2000	Sitzung der Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfähige Landwirtschaft“
8. Mai 2000	Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung und Innovation
10. Mai 2000	Sitzung des BFA Medienpolitik
11. Mai 2000	Sitzung des BFA Strukturpolitik
12. Mai 2000	Sitzung des BACDJ
12. Mai 2000	BAK Polizei
12. Mai 2000	Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Rechts- und Verwaltungsvereinfachung
14. Mai 2000	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
15. Mai 2000	Präsidium und Bundesvorstand
15. Mai 2000	Sitzung der Kommission Humane Dienste
15. Mai 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Dr. Jürgen Rüttgers nach Bundesvorstandssitzung zum Wahlausgang NRW
16. Mai 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Dr. Edmund Stoiber nach Treffen von CDU/CSU Vertretern
17. Mai 2000	Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“
17. Mai 2000	Strategiegespräch CDU- und CSU-Repräsentanten in Berlin
19. Mai 2000	Sitzung des BFA Innenpolitik
22. Mai 2000	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
22. Mai 2000	Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik

23. Mai 2000	Sitzung der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
23. Mai 2000	Sitzung der Präsidiumskommission „Bildung“
30. Mai 2000	Konstituierende Sitzung des Haushaltsausschusses
5. Juni 2000	Präsidium
6. Juni 2000	Landesgeschäftsführerkonferenz
7. Juni 2000	Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“
9. Juni 2000	Sitzung des Redaktionsbeirates Union-Magazin
14. Juni 2000	Klausursitzung des CDU-Präsidiums
14. Juni 2000	Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU
15. Juni 2000	Klausursitzung des CDU-Präsidiums
15. Juni 2000	Anhörung und Klausurtagung der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
16. Juni 2000	Anhörung und Klausurtagung der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
16. Juni 2000	Fachkommission Europa des BACDJ
17. Juni 2000	Filmempfang 2000
19. Juni 2000	Sitzung des BFA Frauenpolitik
20. Juni 2000	Pressegespräch mit Dr. Angela Merkel und Christian Wulff: Vorstellung eines Diskussionspapiers der Sozialkommission
24. Juni 2000	Kongress „Der faire Sozialstaat“ in Berlin
26. Juni 2000	Sitzung des Bundesvorstandes
26. Juni 2000	Sitzung des BFA Sportpolitik
26. Juni 2000	Sitzung der Wertekommission
27. Juni 2000	Konstituierende Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums

28. Juni 2000 Auszug der Bundesgeschäftsstelle aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus
28. Juni 2000 Pressegespräch mit Ruprecht Polenz und Prof. Thomas Heilmann „Internet-Kommission“
30. Juni 2000 Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz und Christoph Böhr „Aktion zur Ökosteuer“
3. Juli 2000 Aufnahme der Geschäftstätigkeit in der Berliner Bundesgeschäftsstelle
3. Juli 2000 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel „Sommertour“
4. Juli 2000 Pressegespräch mit Ruprecht Polenz und Norbert Röttgen „Geplante Reform des Zivilprozesses“
5. Juli 2000 Pressekonferenz des BACDJ zur Strafrechtsreform
5. Juli 2000 Pressegespräch mit Ruprecht Polenz und Hermann Gröhe „Menschenrechte in der Außenpolitik“
5. Juli 2000 Gespräch des Generalsekretärs mit den Vorsitzenden der Bundesfach-ausschüsse
6. Juli 2000 Sitzung der Kommission Humane Dienste
6. Juli 2000 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel, Dr. Edmund Stoiber, Horst Seehofer und Christian Wulff zum Stand der Rentengespräche
10. Juli 2000 Präsidium und Bundesvorstand auf dem Gelände der EXPO in Hannover
13. Juli 2000 Sitzung des BFA Europapolitik
13. Juli 2000 Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz „Entscheidung des Bundesrates zur Steuerreform“
21. Juli 2000 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
24. Juli 2000 Sondersitzung des CDU-Präsidiums und anschließende Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel
25. Juli 2000 Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ

31. Juli 2000	Pressekonferenz mit Dr. Annette Schavan und Norbert Hauser „Stiftung Bildungstest“
7. August 2000	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
14. August 2000	Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz zur Rentenreform
14. August 2000	Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz „Politische Herbstplanung“
17. August 2000	konstituierende Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“
18. August 2000	Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz und Günter Nooke „Aufbau Ost-Bilanz einer Chefsache“
21. August 2000	Präsidium und Bundesvorstand
21. August 2000	Gespräch der Vorsitzenden der Präsidiumskommission „Bildung“ mit dem Bundeselternrat
21. August 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Ruprecht Polenz nach Bundesvorstandssitzung
21. August 2000	Sitzung des Haushaltsausschusses
24. August 2000	Sitzung des Redaktionsbeirates „Union-Magazin“
28. August 2000	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
28. August 2000	Sitzung des BFA Umwelt- und Energiepolitik
31. August 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Dr. Wolfgang Schäuble „10. Jahrestag der Unterzeichnung des Einigungsvertrages“
31. August 2000	5. Berliner Gespräch „Vertrag Deutsche Einheit“ in Berlin
1. September 2000	Sitzung des BFA Sozial- und Gesellschaftspolitik
1. September 2000	Fachkommission Europa des BACDJ
4. September 2000	Präsidium
4. September 2000	Sitzung des BAK Menschenrechte
8. September 2000	Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik

- 11. September 2000 Präsidium und Bundesvorstand
- 11. September 2000 Sitzung des BFA Agrarpolitik
- 11. September 2000 Sitzung der Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfähige Landwirtschaft“
- 11. September 2000 Sitzung der Wertekommission
- 12. September 2000 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
- 13. September 2000 Kreisgeschäftsführerkonferenz
- 13. September 2000 Eröffnung der CDU-Bundesgeschäftsstelle Berlin;
Benennung des Gebäudes als „Konrad-Adenauer-Haus“
- 13. September 2000 Sitzung der Kommission Humane Dienste
- 15. September 2000 Sitzung des BACDJ
- 15. September 2000 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel
- 15. September 2000 Sitzung des Gesprächskreises Kultur
- 19. September 2000 Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung
und Innovation
- 20. September 2000 Sitzung des BFA Medienpolitik
- 20. September 2000 Pressekonferenz mit Ruprecht Polenz
- 21. September 2000 Sitzung des BFA Bildungspolitik
- 21. September 2000 Sitzung der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
- 25. September 2000 Präsidium
- 25. September 2000 Sitzung des BFA Außen- und Sicherheitspolitik
- 25. September 2000 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
- 28. September 2000 Sitzung des BFA Strukturpolitik
- 1. Oktober 2000 Festakt zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit in Berlin
- 9. Oktober 2000 Präsidium

9. Oktober 2000	Bundesvorstand, Beschluss des Papiers der Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“
9. Oktober 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Ruprecht Polenz nach Bundesvorstandssitzung
9. Oktober 2000	Sitzung der Kommission Humane Dienste
9. Oktober 2000	Sitzung des BFA Forschung und Innovation
10. Oktober 2000	Landesgeschäftsführerkonferenz
13. Oktober 2000	Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Rentenrecht
16. Oktober 2000	Wissenschaftsgipfel im Konrad-Adenauer-Haus, anschließend Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel
16. Oktober 2000	Fachkommission Europa des BACDJ
17. Oktober 2000	Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU
20. Oktober 2000	Sitzung des BFA Innenpolitik
20. Oktober 2000	Festakt zum 50. Jahrestag des Gründungsparteitages der CDU Deutschlands in Goslar
23. Oktober 2000	Präsidium
23. Oktober 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Ruprecht Polenz nach Präsidium
23. Oktober 2000	Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
24. Oktober 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Laurenz Meyer
25. Oktober 2000	Sitzung des BFA Wirtschafts- und Finanzpolitik
28. Oktober 2000	Kreisvorsitzendenkonferenz
31. Oktober 2000	Leitungsklausur mit der Parteivorsitzenden
2. November 2000	Sitzung der Antragskommission für den Bundesausschuss
6. November 2000	Präsidium und Bundesvorstand

6. November 2000	Sitzung des BFA Sportpolitik
6. November 2000	Sitzung des Haushaltsausschusses
8. November 2000	Sitzung der Kommission Humane Dienste
9. November 2000	Konstituierende Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
9. November 2000	Sitzung des BFA Entwicklungspolitik
10. November 2000	Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ
13. November 2000	Sitzung des BFA Außen- und Sicherheitspolitik
15. November 2000	Pressekonferenz mit Laurenz Meyer „Aktionsvorstellung der Partei“
19. November 2000	Bundesvorstand in Stuttgart
19. November 2000	Presseunterrichtung mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
20. November 2000	Sitzung des Bundesausschusses in Stuttgart Verabschiedung der „Bildungspolitischen Leitsätze“
22. November 2000	Sitzung der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“
27. November 2000	Sitzung des BFA Frauenpolitik
27. November 2000	Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Rentenrecht
27. November 2000	Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung und Innovation
29. November 2000	Sitzung des BFA Medienpolitik
1. Dezember 2000	Pressekonferenz mit Laurenz Meyer „Kampagne gegen die Ökosteuer“
4. Dezember 2000	Präsidium und Bundesvorstand
4. Dezember 2000	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
4. Dezember 2000	Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums

- | | |
|-------------------|---|
| 4. Dezember 2000 | Sitzung der Wertekommission |
| 6. Dezember 2000 | Sitzung der Kommission Humane Dienste |
| 7. Dezember 2000 | Aussiedlerbeauftragtenkonferenz |
| 8. Dezember 2000 | Sitzung des BACDJ |
| 11. Dezember 2000 | Pressegespräch mit Laurenz Meyer „Neue Energie für Deutschland“ |
| 12. Dezember 2000 | Leitungsklausur der Parteivorsitzenden |
| 13. Dezember 2000 | Kongress „Auch in Zukunft menschenwürdig leben“ |
| 13. Dezember 2000 | Sitzung der Bundesfinanzkommission |
| 14. Dezember 2000 | Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“ |
| 18. Dezember 2000 | Präsidium |
| 18. Dezember 2000 | Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“ |
| 19. Dezember 2000 | Landesgeschäftsführerkonferenz |
| 19. Dezember 2000 | Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU |
| 4. Januar 2001 | Pressekonferenz mit Laurenz Meyer und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
„10-Punkte-Sofortprogramm zur Bekämpfung von BSE“ |
| 9. Januar 2001 | Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ |
| 11. Januar 2001 | EVP-Kongress im Konrad-Adenauer-Haus |
| 11. Januar 2001 | Sitzung der Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Umwelt“ |
| 11. Januar 2001 | Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel, Dr. Edmund Stoiber und Sauli
Niinistö (finnischer Minister) „XX. Parteiführerkonferenz der EDU“ |
| 12. Januar 2001 | Pressegespräch mit Dr. Angela Merkel „Klausurtagung des CDU-
Bundesvorstandes“ |
| 14. Januar 2001 | Klausursitzung des Bundesvorstandes in Mainz |
| 15. Januar 2001 | Klausursitzung des Bundesvorstandes in Mainz |

15. Januar 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
19. Januar 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
19. Januar 2001 Sitzung des BFA Europapolitik
19. Januar 2001 Sitzung der Wertekommission
22. Januar 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
23. Januar 2001 Pressekonferenz mit Laurenz Meyer „Neues Bildmotiv“
29. Januar 2001 Präsidium
29. Januar 2001 Pressekonferenz nach Präsidium
29. Januar 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
1. Februar 2001 Sitzung der Kommission „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“
1. Februar 2001 Sitzung des BFA Wirtschafts- und Finanzpolitik
2. Februar 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
5. Februar 2001 Sitzung des BFA Außen- und Sicherheitspolitik
5. Februar 2001 Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung und Innovation
7. Februar 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“
7. Februar 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
8. Februar 2001 Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Rentenrecht
9. Februar 2001 Eröffnung des Renten-Info-Centers
9. Februar 2001 Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik
11. Februar 2001 Sondersitzung des Bundesvorstandes zu Fragen der Biomedizin
12. Februar 2001 Präsidium und Bundesvorstand
12. Februar 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung

12. Februar 2001	Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
12. Februar 2001	Sitzung der Kommission „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“
12. Februar 2001	Sitzung der Wertekommission
14. Februar 2001	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
21. Februar 2001	Sitzung des BFA Bildungspolitik
22. Februar 2001	Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
23. Februar 2001	Präsentation der Bundesgeschäftsstelle vor osteuropäischen Parteimanagern
23. Februar 2001	Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
1. März 2001	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
1. März 2001	Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“
5. März 2001	Präsidium
5. März 2001	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidiumssitzung
5. März 2001	Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
5. März 2001	Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik
7. März 2001	Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
8. März 2001	Sitzung des BAK Menschenrechte
8. März 2001	Pressegespräch mit Dr. Angela Merkel, Friedrich Merz und Prof. Dr. Maria Böhmer „Rentenreform“
12. März 2001	Präsidium und Bundesvorstand
12. März 2001	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
12. März 2001	Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Strafrechtliches Sanktionensystem
13. März 2001	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden

13. März 2001 Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU
14. März 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
14. März 2001 Sitzung des BFA Strukturpolitik
14. März 2001 Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ
14. März 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr „Weltverbrauchertag“
15. März 2001 Sitzung des BFA Wirtschafts- und Finanzpolitik
15. März 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
16. März 2001 Sitzung des BFA Europapolitik
16. März 2001 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ
17. März 2001 Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ
19. März 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
20. März 2001 Sitzung des BFA Medienpolitik
24. März 2001 Besuch von Dr. Angela Merkel auf der Cebit
25. März 2001 Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz
26. März 2001 Präsidium und Bundesvorstand
26. März 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel, Erwin Teufel und Dr. Christoph Böhr nach Bundesvorstandssitzung zum Wahlausgang in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz
26. März 2001 Sitzung des Haushaltsausschusses
27. März 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
27. März 2001 Informationsbesuch von Abgeordneten der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in der Bundesgeschäftsstelle
27. März 2001 Sitzung des Gesprächskreises Kultur
27. März 2001 Sitzung des Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Rentenrecht

28. März 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“
28. März 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
29. März 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
2. April 2001 Präsidium
2. April 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
2. April 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
4. April 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Parteireform“
5. April 2001 Sitzung des BFA Frauenpolitik
5. April 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe „Gentechnik“ des BFA Forschung und Innovation
6. April 2001 Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung und Innovation
6. April 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
9. April 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
9. April 2001 Sitzung der Wertekommission
23. April 2001 Präsidium und Bundesvorstand
23. April 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
25. April 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
26. April 2001 Landesgeschäftsführerkonferenz
27. April 2001 Klausursitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
28. April 2001 Klausursitzung der Präsidiumskommission „Zuwanderung und Integration“
3. Mai 2001 Präsidium und Bundesvorstand

3. Mai 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Peter Müller nach Bundesvorstandssitzung
6. Mai 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
7. Mai 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
7. Mai 2001 Kongress „Landwirtschaft - Wirtschaftsland“
7. Mai 2001 Fachtagung „Menschenrechte in Afrika“ des BFA Entwicklungspolitik gemeinsam mit dem BAK Menschenrechte
7. Mai 2001 Sitzung des BFA Sportpolitik
7. Mai 2001 Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik
7. Mai 2001 Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU
8. Mai 2001 Konferenz der Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse
9. Mai 2001 Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ
10. Mai 2001 Gemeinsame Pressekonferenz der Vorsitzenden der CDU und des Vorsitzenden der CSU zum Thema „Zuwanderung und Integration“
11. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ der Landesverbände Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Hamburg
12. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ der Landesverbände Hessen und Thüringen in Frankfurt/Main
14. Mai 2001 Präsidium
14. Mai 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
14. Mai 2001 Sitzung des BFA Außen- und Sicherheitspolitik
15. Mai 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
15. Mai 2001 Erste InternetNight der CDU
16. Mai 2001 Sitzung des BFA Medienpolitik

16. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ des Landesverbandes Saarland in Völklingen
17. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf
18. Mai 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
19. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ der Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in Speyer
21. Mai 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
21. Mai 2001 Koordinationsrunde neue Länder „Im Osten was Neues“
22. Mai 2001 Internetreise bis zum 24. Mai 2001
23. Mai 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
23. Mai 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
26. Mai 2001 Regionalkonferenz „Zuwanderung und Integration“ der Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in Berlin
28. Mai 2001 Präsidium und Bundesvorstand
28. Mai 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Laurenz Meyer nach Bundesvorstandssitzung
28. Mai 2001 Sitzung der Wertekommission
30. Mai 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
31. Mai 2001 Sitzung der Antragskommission für den Bundesausschuss
1. Juni 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
5. Juni 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
6. Juni 2001 Pressekonferenz mit Laurenz Meyer „Zuwanderung steuern. Integration fördern“
7. Juni 2001 Bundesvorstand

7. Juni 2001 Sitzung des Bundesausschusses in Berlin-Köpenick. Verabschiedung des Beschlusses „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“
7. Juni 2001 „Fest der Kulturen“ in der Bundesgeschäftsstelle
8. Juni 2001 Gespräch mit Laurenz Meyer und den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände zur Parteireform
8. Juni 2001 „Zukunftskonferenz“ der CDU in Berlin-Tempelhof
11. Juni 2001 Präsidium
11. Juni 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
13. Juni 2001 Sitzung des BFA Frauenpolitik
18. Juni 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
18. Juni 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“
18. Juni 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
18. Juni 2001 Sitzung des BFA Agrarpolitik
20. Juni 2001 Fachgespräch des BAK Menschenrechte mit Herrn Laurenz Meyer über grundsätzliche Fragen der Menschenrechtspolitik
21. Juni 2001 Sitzung des BFA Entwicklungspolitik
21. Juni 2001 Sitzung des Arbeitskreises „Bioethik“ des BFA Forschung und Innovation
22. Juni 2001 Filmempfang 2001
24. Juni 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
25. Juni 2001 Präsidium und Bundesvorstand
25. Juni 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
25. Juni 2001 Sitzung des Haushaltsausschusses
25. Juni 2001 Koordinationsrunde neue Länder „Im Osten was Neues“
27. Juni 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
27. Juni 2001 Sitzung des BFA Strukturpolitik
29. Juni 2001 Fachkommission Europa des BACDJ
2. Juli 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden

2. Juli 2001 Beteiligung der Bundesgeschäftsstelle am Wahlkampf-Auftakt des CDU-Landesverbandes Berlin
2. Juli 2001 Geselliger Abend für Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Mitarbeiter der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle
2. Juli 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
3. Juli 2001 Landesgeschäftsführerkonferenz
4. Juli 2001 Sitzung des BFA Bildungspolitik
5. Juli 2001 Sitzung des BFA Wirtschafts- und Finanzpolitik
6. Juli 2001 Sitzung des BACDJ
6. Juli 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
9. Juli 2001 Präsidium
9. Juli 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
9. Juli 2001 Sitzung der Wertekommission
11. Juli 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
17. Juli 2001 Koordinationsrunde neue Länder „Im Osten was Neues“
18. Juli 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
20. Juli 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
23. Juli 2001 Präsidium und Bundesvorstand
23. Juli 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
2. August 2001 Pressekonferenz mit Laurenz Meyer: „Die PDS - Was sie will. Was sie macht. Wer sie lenkt.“
7. August 2001 Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU

12. August 2001 Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Mauerbaus:
 - Ökumenischer Gottesdienst in St. Bonifatius
 - Großkundgebung am Checkpoint Charlie
 - Empfang für Opfer von Mauer und Stacheldraht in der
 CDU-Bundesgeschäftsstelle
14. August 2001 Koordinationsrunde neue Länder „Im Osten was Neues“
16. August 2001 Sitzung der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“
16. August 2001 Besuch von Laurenz Meyer auf der Popcom in Köln
17. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Hamm, Ascheberg, Ratingen)
18. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Braunschweig)
18. August 2001 Eröffnungsveranstaltung des Kommunalwahlkampfes Niedersachsen in
 Hannover
20. August 2001 Sitzung der Internet-Kommission des Präsidiums
20. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Jena, Erfurt)
21. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Bad Hersfeld, Melsungen, Fulda)
22. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Oberndorf, Ditzingen, Heidelberg)
23. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Bremen, Wilhelmshaven,
 Oldenburg)
24. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Magdeburg, Gatersleben,
 Quedlinburg)
25. August 2001 Sommertour der Parteivorsitzenden (Ahrensburg, Bargtheide,
 Neumünster)
27. August 2001 Präsidium und Bundesvorstand
 Verabschiedung des Diskussionspapiers „Neue Soziale Marktwirt-
 schaft“
27. August 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Bundesvorstandssitzung
27. August 2001 Sitzung der Wertekommission
28. August 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines
 europäischen Verfassungsvertrages

- 3. September 2001 Kongress zur inneren Sicherheit in Hamburg
- 5. September 2001 Sitzung des BFA Medienpolitik
- 10. September 2001 Präsidium
- 10. September 2001 Pressekonferenz mit Laurenz Meyer und Christian Wulff nach Präsidium
- 10. September 2001 Sitzung der Wertekommission
- 10. September 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe „Entwicklungspolitische Leitlinien“
- 12. September 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
- 13. September 2001 Konferenz mit Parteimanagern aus Kroatien und Slowenien
- 13. September 2001 Sitzung der Kommission Humane Dienste
- 13. September 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
- 14. September 2001 Sondersitzung des Präsidiums aus Anlass der terroristischen Anschläge in den USA
- 14. September 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel nach Präsidium
- 17. September 2001 Koordinationsrunde neue Länder „Im Osten was Neues“
- 18. September 2001 Sitzung des Bundesparteigerichts der CDU
- 19. September 2001 Sitzung des BFA Forschung und Innovation
- 23. September 2001 Bürgerschaftswahlen in Hamburg
- 24. September 2001 Präsidium und Bundesvorstand
- 24. September 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Ole von Beust nach Bundesvorstandssitzung zum Wahlausgang Hamburg
- 24. September 2001 Sitzung der Wertekommission
- 26. September 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden

26. September 2001 Pressegespräch mit Dr. Angela Merkel und Volker Rühle „Leitsätze für eine Außen- und Sicherheitspolitik“
28. September 2001 Arbeitsgespräch der Generalsekretäre von CDU und CSU
1. Oktober 2001 Sondersitzung von Präsidium und Bundesvorstand zur Beschlussfassung über die Hauptanträge an den 14. Parteitag
1. Oktober 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Laurenz Meyer nach Bundesvorstandssitzung
2. Oktober 2001 Kundgebung aus Anlass des Tages der deutschen Einheit in Berlin
2. Oktober 2001 Informationsveranstaltung für die Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses zum Bundestagswahlkampf 2002
4. Oktober 2001 Eröffnung der 2. Etage des Konrad-Adenauer-Hauses als „Arena 02“
4. Oktober 2001 Pressegespräch mit Laurenz Meyer „Wahlkampfzentrale“
8. Oktober 2001 Präsidium
8. Oktober 2001 Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ
10. Oktober 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
10. Oktober 2001 Sitzung des BFA Frauenpolitik
11. Oktober 2001 Sitzung der Wertekommission
12. Oktober 2001 Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik
17. Oktober 2001 Sitzung des BFA Strukturpolitik
17. Oktober 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
17. Oktober 2001 Pressegespräch mit Dr. Angela Merkel und Günter Nooke „Im Osten was Neues“
17. Oktober 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitantes an den Dresdner Parteitag in Kassel
17. Oktober 2001 Sitzung des BFA Wirtschafts- und Finanzpolitik
18. Oktober 2001 Sitzung des BFA Europapolitik

19. Oktober 2001	Landesgeschäftsführerkonferenz in Potsdam
19. Oktober 2001	Sitzung des BFA Innenpolitik
19. Oktober 2001	Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ
20. Oktober 2001	Landesgeschäftsführerkonferenz in Potsdam
21. Oktober 2001	Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin
22. Oktober 2001	Präsidium und Bundesvorstand
22. Oktober 2001	Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Dr. Frank Steffel nach Bundesvorstandssitzung zum Wahlausgang Berlin
22. Oktober 2001	Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitanspruchs an den Dresdner Parteitag in Walsrode
23. Oktober 2001	Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
23. Oktober 2001	Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitanspruchs an den Dresdner Parteitag in Magdeburg
24. Oktober 2001	Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
26. Oktober 2001	Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitanspruchs an den Dresdner Parteitag in Erfurt
26. Oktober 2001	Erste Sitzung des Dialogforums Musikwirtschaft
27. Oktober 2001	Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitanspruchs an den Dresdner Parteitag in Coswig
31. Oktober 2001	Sitzung des BFA Umwelt- und Energiepolitik
1. November 2001	Klausursitzung des Konrad-Adenauer-Hauses mit der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär in Schmöckwitz
2. November 2001	Klausursitzung des Konrad-Adenauer-Hauses mit der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär in Schmöckwitz
2. November 2001	Sitzung des BFA Strukturpolitik
5. November 2001	Präsidium

- 5. November 2001 Pressekonferenz mit Laurenz Meyer nach Präsidium
- 7. November 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
- 7. November 2001 Sitzung der rechtspolitischen Sprecher
- 7. November 2001 Pressekonferenz mit Dr. Angela Merkel und Dr. Edmund Stoiber „Kabinettsbeschlüsse zur Inneren Sicherheit und Zuwanderung“
- 9. November 2001 Sitzung des Gesprächskreises Kultur / Kulturpolitisches Gespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung in Potsdam
- 9. November 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitetrags an den Dresdner Parteitag in Mainz
- 10. November 2001 Gesprächskreis Kultur / Kulturpolitisches Gespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung in Potsdam
- 12. November 2001 Fachtagung „USA – Deutschland, Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus des BFA Außen- und Sicherheitspolitik
- 13. November 2001 Sitzung der Wertekommission
- 15. November 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitetrags an den Dresdner Parteitag in Kiel
- 17. November 2001 Sitzung der Arbeitsgruppe von CDU und CSU zu Fragen eines europäischen Verfassungsvertrages
- 17. November 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitetrags an den Dresdner Parteitag in Kremen
- 19. November 2001 Präsidium und Bundesvorstand
- 19. November 2001 Anhörung „Frauen in der Wirtschaft“ des BFA Frauenpolitik
- 19. November 2001 Sitzung des BFA Agrarpolitik
- 19. November 2001 Sitzung des Haushaltsausschusses
- 19. November 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitetrags an den Dresdner Parteitag in Recklinghausen
- 20. November 2001 Sitzung des BFA Agrarpolitik
- 24. November 2001 Regionalkonferenz zur Diskussion des Leitetrags an den Dresdner Parteitag in Karlsruhe
- 28. November 2001 Leitungsklausur der Parteivorsitzenden
- 29. November 2001 Sitzung des BFA Familien- und Jugendpolitik

30. November 2001 Sitzung des BACDJ
2. Dezember 2001 Präsidium und Bundesvorstand in Dresden
3./4. Dezember 2001 14. Parteitag in Dresden